

APRIL 2023

➤ EAG BROSCHÜRE

# WIDER- SPRUCH & AUSSICHTEN

Texte zur Kritik des Antisemitismus und  
zu Entwicklungen im Nahen & Mittleren Osten

# Inhalt

3 Einleitung

## Debatten in der deutschen Linken I

- 5 Aktuelle Debatten zum Shoah-Gedenken [EAG](#)  
8 Abwege der institutionalisierten Antisemitismusforschung – ein kritischer Nachtrag zur Hijacking-Memory-Konferenz von 2022 und darüber hinaus [Remo H. Kohlbrenner](#)  
11 Antisemitismus im deutschen Kunst- und Kulturbetrieb [Autonome Neuköllner Antifa](#)

## Aktuelles zum Iran

- 13 Die Revolutionsgarden zum Tanzen bringen [Fathiyeh Naghibzadeh und Andreas Benl](#)  
15 Der Hijab und die Sittenpolizei [Pascal Beck](#)  
17 »Freiheit für die Menschen im Iran!« [EAG](#)  
18 Atomprogramm: Das Design ist deutsch [Detlef zum Winkel](#)

## Debatten in der deutschen Linken II

- 21 Antisemitismus im Kontext linker und linksradikaler Mobilisierungen: Eindrücke und Analyse [jewish.resistance.alliance](#)  
24 Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen. Die Wortlosigkeit zur antiisraelischen Raumnahme [Mathias Wörsching](#)  
26 Stellungnahme zum Hijacking-Versuch des 9. November-Gedenkens 2022 durch linke Antizionist\*innen [EAG](#)

## Entwicklungen in Israel

- 29 Rechtsruck in Israel [Marc Neugröschel](#)  
31 Zwei Jahre Abraham-Abkommen [Florian Markl](#)  
33 Bleib modern. Der moderne Antisemitismus und seine islamisch geprägten Formen [René Haack](#)



# Impressum

Emanzipative & Antifaschistische Gruppe (EAG Berlin)  
c/o Buchladen zur schwankenden Weltkugel  
Kastanienallee 85, 10435 Berlin

Internet: [www.eag-berlin.tem.li](http://www.eag-berlin.tem.li)  
Mail: [eag-berlin@riseup.net](mailto:eag-berlin@riseup.net)  
Facebook/  
Instagram: EAG Berlin  
Illustrationen: EAG Berlin

Stand: April 2023  
Auflage: 500 Stück

Die einzelnen Beiträge spiegeln die Meinung der Autor\*innen wider.

Uns ist bewusst, dass die Mehrzahl der von Einzelpersonen verfassten Texte aus der Feder männlicher Autoren stammt. Bei jenen Texten, deren Autor\*innenschaft bei Gruppen liegt, ist das Geschlechterverhältnis durchaus deutlich anders gewichtet, was wir hiermit transparent machen wollen. Es bleibt aber bei der (Selbst-)kritik: den patriarchalen Verhältnissen, die sich auch darin ausdrücken, dass deutlich mehr cis-Männer zu den Themen dieser Broschüre publizieren und in der Öffentlichkeit stehen, haben wir bei der Suche nach Autor\*innen nicht genug entgegen gesetzt.

# Die Zeiten werden härter.

Pandemie und Krieg haben gezeigt, wie schwer sich die radikale Linke damit tut, Irrationalismus und instrumenteller Vernunft etwas entgegenzusetzen und wenigstens in der Kritik die Möglichkeit, dass es anders sein könnte, zu bewahren. Die Fokusverschiebung der linken Szene von Antifaschismus und Kritik der kapitalistischen Produktionsweise hin zu Feminismus, Antirassismus und Ökologie geht mit neuen Diskussionen einher, in denen teils hart erkämpfte Standards zu Themen wie Antisemitismus, Antizionismus und Anti-Essentialismus über Bord geworfen werden.

Am antizionistischen Backlash in weiten Teilen der Linken zeigt sich die Erosion emanzipativer Selbstverständnisse, weswegen ein großer Teil der Broschüre sich der Kritik an aktuellen Antisemitismen widmet. Gleichzeitig greifen wir aber auch jene Entwicklungen und Kämpfe auf, denen unsere Solidarität gilt und die wir in Bezug auf den Abbau von Antisemitismus weltweit für sehr bedeutsam halten: die Freiheitsbewegung im Iran und die Abraham-Abkommen.

Im Kapitel [»Debatten in der deutschen Linken«](#) geht es um die erinnerungspolitischen Diskurse um die Shoah und den Antisemitismusbegriff, sowie den Debatten um die documenta und die »Hijacking Memory«-Konferenz. Dazu äußern sich Remo H. Kohlbrenner und wir uns in zwei Artikeln. Die Autonome Neuköllner Antifa (ANA) kritisierte den antizionistischen Backlash in der bundesrepublikanischen Diskussion in ihrem Redebeitrag beim Gedenken an die Novemberpogrome, den wir hier nochmal abdrucken. Die dazugehörige antifaschistische Demonstration wurde zum Ziel einer Aktion antizionistischer Aktivist\*innen, die anschließend

eine Social Media-Kampagne gegen das Bündnis aufzogen. Reaktionsschnell wie wir sind, kommt nun, fünf Monate später, eine Reflexion über die Geschehnisse.

Zum anderen erleben sogenannte »Rote Gruppen« sowie Migrantifa-Gruppen, die Israelhass zu einem Markenkern gemacht haben, aktuell einen Aufwind. Dies führt bundesweit zu antizionistischen Vereinbarungsversuchen von linken, feministischen und antirassistischen Demonstrationen. Die [jewish.resistance.alliance](#) beschreiben diese Entwicklung und Matthias Wörsching versucht zu ergründen, warum die linke Szene diesen Versuchen nichts entgegen setzt, und warum das trotz allem nur wenig Einfluss auf die Entwicklungen in Israel hat.

Die emanzipativen Proteste im Iran, die im Herbst 2022 entbrannten, gehen bis heute weiter. Das Regime, das kaum mehr Rückhalt in der Bevölkerung hat, reagiert mit tödlicher Repression. Wir danken Fathiyeh Naghibzadeh und Andreas Benl für ihren Text, der auf die Proteste eingeht und Pascal Beck für seine Einordnung der Unterdrückung von FLINTA\* als zentraler Bestandteil der Herrschaftssicherung des iranischen Regimes. Der aktuelle Stand des Atomprogramms im Iran wird von Detlef zum Winkel kommentiert. Da die Herrschaft der Mullahs zu einem beträchtlichen Teil durch die Revolutionsgarden gesichert wird, die auch in Europa gegen die Exil-Opposition vorgeht, unterstützten wir im Februar 2023 eine Kundgebung, die deren Terror-Listung forderte. Unser Redebeitrag für die Kundgebung findet sich in dem Kapitel [»Aktuelles zum Iran«](#).

Auch die Entwicklungen in Israel verfolgen wir mit Interesse und Sorge – dem ist unser Kapitel [»Entwicklungen in Israel«](#)

gewidmet. Die neue Regierungskoalition, unter Einbeziehung von Ultrareligiösen und extrem rechten Akteur\*innen unternimmt gerade Versuche, demokratische Errungenschaften zu schleifen. Ihr steht dabei eine immer größer werdende Demokratiebewegung entgegen. Den Rechtsruck beschreibt Marc Neugröschel in seinem Artikel. In den letzten Jahren hat der israelische Staat deutliche Fortschritte in der politischen und wirtschaftlichen Annäherung an seine arabischen Nachbarstaaten gemacht. Diese sogenannten Abraham-Abkommen, die neben der Protestbewegung im Iran zu den hoffnungsfrohen Entwicklungen zählen, weil die lateralen Beziehungen auch in die Hoffnung beinhalten, dass antisemitische Organisationen weniger Unterstützung erfahren, werden im Artikel von Florian Markl kommentiert.

Die Kapitel werden garniert mit mehreren Kurzinterventionen unserer Gruppe zur antizionistischen Türpolitik des Berliner Klubs »Mensch Meier«, der Einladung von anti-israelischen Redner\*innen auf das Fusion-Festival und die »Intifada-Übernahme« des Berliner Hanau-Gedenkens. Zuletzt umfasst die Broschüre noch einen Artikel von René Haack zur Analyse von Formen muslimischen Antisemitismus. Er führt aus, dass dieser sich zu relevanten Teilen aus modernen Formen des Antisemitismus speist und damit immer wieder auch in die Nähe linker Ausformungen des Antisemitismus gerät.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen, einige inhaltliche Anstöße und freuen uns über jedes Feedback.

[Emanzipative & Antifaschistische Gruppe \[EAG Berlin\]](#)  
April 2023

GEGEN  
JEDEN  
ANTI-  
SEMITISMUS

Debatten in  
der deutschen  
Linken I



# Aktuelle Debatten zum Shoah-Gedenken

In den letzten zwei Jahren wurde unter postkolonialen Vorzeichen in beinahe nahtlos aneinander anschließenden Vorstößen (Mbembe-Debatte, Plädoyer der Initiative GG 3.5 Weltoffenheit, Lancierung der Jerusalem Declaration of Antisemitism, Diskussion um Michael Rothbergs Konzept der multidirektionalen Erinnerung, Antisemitismusskandal der documenta fifteen und last but not least die Hijacking Memory-Konferenz, organisiert vom Zentrum für Antisemitismusforschung und dem Einstein Forum, veranstaltet im HKW) vehement eine Neujustierung des Gedenkens an den Holocaust eingefordert.

Von Emanzipative & Antifaschistische Gruppe

Der gemeinsame (latente) Tenor war stets, dass die Erinnerung an die Shoah als einem präzedenzlosen Verbrechen Opferkonkurrenzen schüre und sich das allzu sehr auf die Juden fixierte Gedenken gegenüber pluralen Geschichts- und Erinnerungszugängen öffnen müsse. Konkret galt dies vor allem der Interpretation des Holocaust (hier wurde sich für die geschichtswissenschaftliche These vom Holocaust als kolonialen Genozid stark gemacht) und der Auffassung vom Antisemitismusbegriff (der als spezifischer abgelehnt und als Form der Rassismus aufgebaut wurde). Wie Rothberg im Vorwort seines Buchs ausführt, ist das politische Ziel der Neuaushandlung des Gedenkens dabei auch, einer «anderen» Betrachtung des israelisch-palästinensischen Konflikts zum Durchbruch zu verfehlen.

Kurzum, diese Vorstöße stellen auch für unsere antifaschistische Gedenkpraxis, die den nationalsozialistischen Juden-

mord als singulär begreift und auf der Spezifik des Antisemitismus beharrt, eine Herausforderung dar, der man sich stellen sollte. Denn genau diese Form des Gedenkens steht unter Beschuss, ausschließend zu sein, sich einem gerechteren und universalistischen Erinnerungsdiskurs zu verschließen und somit letztendlich, ob gewollt (also rassistisch motiviert) oder ungewollt, Gewaltverbrechen an anderen – nicht weißen Minderheiten – zu bagatellisieren. Zunächst ein paar Kritikpunkte an der in den letzten zwei Jahren von der linksliberalen Wissenschafts- und Kulturprominenz der BRD so eifrig betriebenen Kritik an der Erinnerungskultur – wie das NS-Gedenken hierzulande so schön heißt. Da sie zumeist von den immer gleichen Personen getragen wurde, lassen sich die zahlreichen Vorstöße als eine Kampagne begreifen. Das gemeinsame Band dieser Vorstöße ist der Vorwurf, Antisemitismuskritik und Shoah werden instrumentalisiert, um rassisti-

sche Gewalt zu legitimieren oder zumindest ignorieren zu können.

Zunächst einmal muss man festhalten, von wem diese Diskussionen eigentlich geführt werden: es ist der etablierte linksliberale Mainstream der BRD, der in Zeit, Spiegel, und anderen Leitmedien publizieren darf – und dem es regelmäßig aus Welt und FAZ, aber eben auch von Links zurückschallt. Die Standortbestimmung der Debatte ist insofern wichtig, als dass sie eine Entscheidung darüber mitbringt, wie man sie zu analysieren hat und um die für linksradikale Analyse gebotene kritische Distanz gegenüber Auseinandersetzungen, die innerhalb eines liberalen, staatstragenden Rahmens geführt werden, zu wahren. Die Debatte soll im Folgenden also vor dem Hintergrund gedeutet werden, dass es dabei um eine Neuaushandlung des nationalen Selbstbildes geht. Erinnerungspolitik war und ist in der BRD stets Mittel zum Zweck

der Rehabilitierung der deutschen Nation gewesen. Spätestens mit der Bundesgedenkstättenkonzeption von 1993 und ihrem Kernsatz der Erinnerung an die »beiden deutschen Diktaturen« ist das NS-Gedenken im wiedervereinigten Deutschland zur staatstragenden Doktrin geworden. Nach der totalen Niederlage im 2. Weltkrieg war die Übernahme der besonderen Schuld einst die Voraussetzung für das deutsche Kollektiv, wieder in den Reigen konkurrierender Nationalstaaten aufgenommen zu werden. Auschwitz wurde, wie Aleida Assmann es zustimmend formuliert, zum »negativen Gründungsmythos der BRD« funktionalisiert. Somit ist das Gegenteil dessen eingetreten, was Horkheimer einst als die »einzig wahrhafte Auseinandersetzung mit der Vergangenheit« bezeichnet hatte, nämlich den »notorischen Zusammenhang zu kündigen«. Stattdessen haben die Deutschen in der eifrigen Aufarbeitung ihrer einzigartigen Vergangenheit ihre verloren gegangene nationale Größe wiederentdeckt. Als »nationale Wiedergutwerdung« hat Eike Geisel bereits in den 1980er Jahren mit seinen Polemiken gegen den Geist des beginnenden Erinnerungsbooms angeschrieben, der zeitlich einherging mit wachsendem Rassismus und dem Erstarren des Nationalbewusstseins. Resistent gegenüber jeder Aufklärung über die eigene Vergangenheit, aber mit pädagogischem Eifer dabei, sie zu bewältigen, sei das, was die Deutschen da als Erinnern betreiben, die höchste Form des Vergessens, so Geisel.

Gegenwärtig aber scheint das Narrativ – also die Anerkennung von Schuld und Verantwortungsübernahme für die Shoa und weitere NS-Verbrechen – das einst die Voraussetzung für eine Normalisierung der deutschen Nation nach 1945 war, Deutschland jetzt zum Hemmschuh zu werden: in der Debatte um multidirektionale Erinnerung wurde es als unzeitgemäß, verengt, provinziell oder partikularistisch bezeichnet, weil es dem Einwanderungsland mit pluralen Erinnerungen und Geschichten nicht gerecht werde. Hat Erinnerung vor allem Identitätsfunktion, ist es natürlich folgerichtig, dass gegenwärtig eine Anpassung der Erinnerung gefordert wird.

Es ist aber aufzuzeigen, dass es dabei nicht (allein) um die Einforderung historischer Gerechtigkeit geht, auf andere Opfergruppen und Gewaltverbrechen aufmerksam zu machen, sondern mit der Anrufung an den Staat als Repräsentationsinstanz um eine affirmative, letztlich um das nationale Selbstbild bekümmerte Forderung geht. Deutschland sucht den Anschluss an den Diskurs linksliberaler Eliten westlicher Industriestaaten, wo Postmoderne und Postkolonialismus, zumindest auf symbolischer, also akademischer Ebene, inzwischen tonangebend sind. Bei kaum einer anderen wird das so deutlich wie bei Aleida Assmann, die 2020 in ihrem »mutigen« Buch ihr Bekenntnis zur Nation abgelegt hat – selbstverständlich im Sinne eines nationalen Wirs der Vielfalt. Auch die Hijacking-Memory Konferenz schließt sich hier an, geht aber noch einen Schritt weiter. Ausgehend von der Beobachtung, dass der Holocaust von rechts vermehrt instrumentell benutzt wird, weil sich damit Rassismus einer scheinbar aufklärerischen Position unterjubeln lassen, wird unmittelbar gegen die Falschheit der Shoa-Erinnerung als solche agitiert. Dieselben Leute würden allerdings nie auf die Idee kommen, z.B. Antidiskriminierung an sich infrage zu stellen, weil rechte Minderheiten sich diese instrumentell zunutze machen. Trump, Putin, Coronaleugner\*innen, konservative Partei nahmen für die Shoa-Erinnerung und Israel gelten ihnen allesamt als Erscheinungen ein und desselben Problems: eines autoritären Erinnerungsdiskurses. Dabei werden die jeweiligen historischen Zusammenhänge völlig ausgeblendet: Putins Entnazifizierungsgefasel dürfte vor allem innenpolitische Funktion haben: den eigenen Leuten den Krieg gegen die Ukraine schmackhaft zu machen, indem er an den glorreichen Kampf der Sowjetunion gegen Nazideutschland anknüpft. Coronaleugner\*innen, die sich hierzulande auf Demos den Judenstern anheften, sind nicht aus dem postnazistischen Kontext herauszuschälen: sich den Shoa-Opfern gleichzumachen verspricht nicht nur Aufmerksamkeit, hier kommt auch die alte Ambivalenz von Opferidentifizierung und -neid wieder zum Vorschein; Täter-Opfer-Umkehr

dient als Entlastungsstrategie und ist zugleich ein aggressiver Akt.

Aber: auch wenn die Einzigartigkeit von Auschwitz Durchsetzungsideologie eines reingewaschenen neuen Deutschland war und der Holocaust als enthistorisiertes leeres Erinnerungssymbol global Karriere gemacht hat, sind Singularität der Shoa und Spezifik des Antisemitismus zugleich wahre Gedanken, an der wir als materialistische Gesellschaftskritiker\*innen nicht bloß um der historischen Erkenntnis willen festhalten. Dem könnte nur so sein, wenn es einen Bruch mit der Gesellschaft gegeben hätte, die den Holocaust hervorgebracht hat.

Aber die wertvermittelte Gesellschaft, in der die gesellschaftlichen Verhältnisse ein von den Menschen vergesellschaftlichtes herrschaftsförmiges Eigenleben führen, dauert fort. Moishe Postone hat in seinem Aufsatz Antisemitismus und Nationalsozialismus den Zusammenhang zwischen nationalsozialistischem Judenmord und Kapitalismus aufzuzeigen versucht. Das Wesen des Kapitalismus erscheint Postone zufolge als gewaltförmige Spaltung von Abstraktem und Konkretem, was in der nationalsozialistischen Ideologie im Gegensatz von schaffendem und raffendem Kapital zum Ausdruck gekommen ist. Konkretes wird dabei verdinglicht und als Unhistorisch/Natürliches dem verhassten Abstrakten, worin allein die gesellschaftliche Vermittlung erscheint, gegenübergestellt und in den Juden projektiv abgewehrt. Auschwitz lässt sich damit als Ausgang in die Barbarie begreifen, in der nicht die kapitalistische Vergesellschaftung, sondern einseitig die Wertseite, das Abstrakte vernichtet werden sollte (in der fetischistischen Wahrnehmung der Nazis ging es nicht darum Wert und Arbeit abzuschaffen, sondern die Arbeit von den Juden zu befreien). Die unkritische Verteidigung der bürgerlichen Gesellschaft, die das Abstrakte als unhistorisch/ewig Wahres begreift ist für Postone dagegen keine Option, da sie bloß das Gegenstück, die nichtfaschistische Modernität und Rationalität, verteidigt, ohne die die Irrationalität der nationalsozialistischen

Judenvergasung aber nicht zu denken wäre. Dies ist insofern wichtig, als dass der Nationalsozialismus nicht außerhalb der kapitalistischen Gesellschaft verortet werden kann. Den Zusammenhang zu kappen, stellt gerade die Voraussetzung dafür dar, von einem angeblich totalen Bruch und einer Normalität nach 1945 zu sprechen.

Da gegenwärtig die Gefahr für den Ausgang in Barbarbei ungleich größer ist als die emanzipatorische Aufhebung des Gegensatzes in die kommunistischen Gesellschaft, und wir daher davon ausgehen müssen, dass auch die Gefahr für Jüdinnen\*Juden nach wie vor besteht, pochen wir eben aus gegenwärtigen politischen Gründen auf der Spezifik des Antisemitismus, die zurzeit so massiv infrage gestellt wird.

Der Widerspruch, dass der Anti-Antisemitismus sowohl – zumindest in Teilen – Herrschaftsideologie geworden ist und nach wie vor als Kritik an Staat und Kapital wie zum Schutz von Juden und Jüdinnen notwendig ist, sollte gehalten werden. Derartige Ambivalenzen werden zu wenig berücksichtigt, wenn etwa bei der Hijacking Memory-Konferenz vor allem die Passung von extrem rechter Agenda und Holocaust-Gedächtnis herausgestellt wird. Natürlich ist es bemerkens- und bedenkenswert, dass es die AfD ist, die ein BDS-Verbot fordert oder die als Konsequenz aus dem Antisemitismuskandal der Documenta einen sofortigen Stopp der Förderung von Forschungs- und Kulturprojekten fordert, die »die postkolonialistische Ideologie« unterstützen, um Antisemitismus vorzubeugen. Allerdings muss man sich durch solche Vorstöße auch nicht für dumm verkaufen lassen, schließlich ist der AfD die Israelsolidarität und der Anti-Antisemitismus ein billiges Mittel für ihren Zweck den Postkolonialismus – der für sie Chiffre für Linksrün-Versiff und generell jeden Antirassismus steht – loszuwerden. Dass die AfD selbst ein massives Antisemitismusproblem hat, zeigt sich z.B. neben Fällen wie Gedeon an den Ergebnissen der AJC-Studie, wonach Antisemitismus unter AfD-Wähler\*innen und Muslim\*innen vergleichsweise am

höchsten ist. Schlusstrichforderungen und Erinnerungsabwehr – Stichwort: Dresdener Höcke-Rede 2017 und Gaulands Rede vom Vogelschiss der Geschichte – sind nach wie vor, zwar nicht nur, aber doch die genuinen Produkte der Nazibrut. Und auch wenn Martin Sellner in der Sezession beispielsweise dem negativen Nationalismus etwas abgewinnen kann, weil er immerhin das Bedürfnis der Deutschen nach nationaler Identität zum Ausdruck bringt, bleibt der positive Bezug auf die Nation nach wie vor Fernziel der Rechten. Forderungen nach mehr Erinnerungspolitik findet man daher nirgends. Die Gemäßigteren scheinen sich dagegen mit einem gebrochenen Nationalismus arrangiert zu haben und machen nun halt Weltpolitik basierend auf Auschwitz. Bleibt noch was zu Israel zu sagen, dass in all den Debatten eine Art Gravitationszentrum war. Der uralte Topos: es ist vor allem der Staat Israel, der den Holocaust ausnutzt, um die Palästinenser\*innen zu unterdrücken und zu kolonisieren. Es geht selbstredend bei der Parteinahme für Israel nicht darum, jeden Shizzle auf israelischer Seite zu verteidigen, sondern um eine Ausnahme in Bezug auf die allgemeine Nationalismuskritik: Die Anerkennung Israels Staatsgründungsideologie als jüdischen Staat ist für uns keine bloß faktische, sondern eine ausdrückliche. Israel ist nicht einfach ein Nationalstaat, um unter anderen Nationalstaaten konkurrieren zu können, sondern die Konsequenz aus gescheiterter Assimilation und deren mörderischen Ende in der Shoa. Herzls Vision vom zionistischen Partikularismus fußte nicht auf einem rassistisch-imperialistischen Motiv, sondern basierte auf der einzig verbliebenen Hoffnung, dass durch die Nationwerdung die Juden als Gleiche unter Gleichen anerkannt und der Antisemitismus abnehmen werde. Einiges spricht aber dafür, dass den Juden als Antithese der Völker und Nationen kein solcher Ort legitimer Differenz (Elbe) zugestanden wird, sondern Israel stattdessen zum Jude unter den Staaten geworden ist. Die weltweite BDS-Bewegung sowie die terroristischen und politischen Vernichtungsdrohungen denen Israel durch Hamas, Hisbollah, Islamischer Jihad oder Staaten wie

dem Iran nach wie vor ausgesetzt ist, zeugen davon. Diese reale Gefahr wird von den postkolonialen Kritiker\*innen ausgeblendet und Israel stattdessen als Apartheids- und Kolonialstaat delegitimiert.

Die Parteinahme für den Staat Israel ist aus diesem Grund die einzige Ausnahme für unsere ansonsten im Negativen verbleibende Kritik. Wir gedenken der Shoa-Opfer mit dem fernstmöglichen Abstand zu einer wie auch immer gefassten deutschen Nation. Antifaschistisches Gedenken kann nicht im Dienst der moralischen Selbstentlastung stehen oder zu irgendeinem Versöhnungskitsch beitragen, sondern hat dafür zu sorgen, dass nicht vergessen wird, dass in einer unversöhnten Welt keine Versöhnung zu haben ist.

**Der Vortrag wurde am 28. Oktober 2022 im Rahmen des Solitresens der EAG in der ZGK Scharni gehalten.**

# Abwege der institutionalisierten Antisemitismusforschung

Ein kritischer Nachtrag zur Hijacking-Memory-Konferenz von 2022 und darüber hinaus.

Von Remo H. Kohlbrenner

Durch die Debatten um den Antisemitismus des Kurator\*innenteams und einiger Ausstellungsstücke der documenta fifteen im vergangenen Jahr, blieb eine nicht weniger kritikwürdige Veranstaltung, die Hijacking-Memory Konferenz im Juni 2022, weitgehend vom linken Widerspruch unbehelligt. Organisiert wurde die Konferenz, die im Haus der Kulturen der Welt (HWK) stattfand, von Emily Dische-Becker, Journalistin und Veranstaltungskuratorin, Susan Neiman, Leiterin des Einstein Forums sowie Stefanie Schüler-Springorum, Leiterin des Zentrums für Antisemitismusforschung (ZfA).

In dem institutionellen wie personellen Dreiergespann kommen wichtige Akteur\*innen der Verteidigung von »Israelkritik«, der Unterstützung propalästinensisch-antizionistischer Positionen und der unzureichenden Auseinandersetzung mit israelbezogenem und muslimischem Antisemitismus zusammen.

Die Leiterin des ZfA, Stefanie Schüler-Springorum, ist mit ihren politischen Positionierungen schon häufiger in den Fokus geraten. Die Fachschaftsinitiative Antisemitismusforschung am ZfA (FSI ZfA) kritisierte sie für ihre Beteiligung an der Initiative GG 5.3 Weltoffenheit. Sie ist weiterhin federführende Koordinatorin der Jerusalem Declaration of Antisemitism (JDA), die im Wesentlichen eine Revision aller Erkenntnisse zu israelbezogenem Antisemitismus der weithin anerkannten Arbeitsdefinition der Interna-

tional Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) darstellt. Ebenso Emily Dische-Becker, die über ihre konzeptionelle Beteiligung an der Konferenz auch unrühmlich in den documenta-Skandal verwickelt war und gemeinsam mit Schüler-Springorum maßgeblich an der kürzlich ins Leben gerufenen Jewish Diaspora Alliance involviert ist. Diese versammelt Akteur\*innen bisher bekannter linker antizionistischer Gruppen wie dem Jewish Bund, der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost oder dem New Israel Fund. Unter der antiisraelischen Agenda bringt sie international Wissenschaftler\*innen und Aktivist\*innen zusammen, vernetzt unter Berufung auf die Diaspora nun auch analog die bereits über Social Media aktiven linken Antizionist\*innen. Zum Beirat der Diaspora Alliance gehört außerdem Susan Neiman, amerikanische Philosophin und prominente Fürsprecherin von Achille Mbembe und der Initiative GG5.3 Weltoffenheit. Die von ihnen veranstaltete Konferenz »Hijacking-Memory: Holocaust and the New Right« wollte sich mit einer zunehmenden Instrumentalisierung des Holocaustgedenkens durch die politische Rechte befassen. Doch noch während der Tagung zeigten sich zwei Referenten bestürzt darüber, welche inhaltliche Dynamik die Veranstaltung eingenommen hatte. Zwar machten die beiden Historiker Jan Grabowski und Konstanty Gebert deutlich, dass sie das grundsätzliche Anliegen der Konferenz teilen: die Auseinandersetzung mit der Instrumentalisierung des Holocaustgedenkens durch die Neue

Rechte; dass sie aber durch die – leider auf große Zustimmung gestoßenen – geteilten antiisraelischen Inhalte den wichtigen Anspruch der Konferenz in Mitleidenschaft gezogen sahen.

## Hijacking Memory

Grabowski und Gebert kritisierten gezielt den Vortrag des palästinensischen Aktivisten Tareq Baconi und den propalästinensischen Aktivismus einiger Teilnehmer\*innen. Baconis Vortrag sorgte später auch für Schlagzeilen, weil in ihm BDS-nahe Position zu Israel vertreten und der jüdische Staat als koloniales Apartheidregime denunziert wurde. Beide waren schockiert über die israelfeindlichen Inhalte und die große Zustimmung seitens der Zuhörer\*innen. Wer genauer hinsieht, wird allerdings noch weitere Vorträge finden, die aus Sicht einer kritischen Antisemitismusforschung Widerspruch erhalten müssten.

Bei über dreißig Vorträgen mit unterschiedlichsten Inhalten kann eine tiefergehende Analyse hier zwar nicht erfolgen, aber allein anhand der zahlenmäßigen Verteilung und Ausrichtung der Vorträge lässt sich auch ohne eine solch explizite Analyse eine einseitige Tendenz der Konferenz gegen Israel erkennen. Ordnet man das Konferenzprogramm nach Inhalten, um die thematischen Schwerpunkte herauszuarbeiten, wird offenkundig, wie stark die antiisraelische Schlagseite und relativierende Haltung gegenüber dem Antisemitismus war. Zum einen widmete



sich ungefähr die Hälfte der Vorträge wichtigen und relevanten Themen. Dazu gehören zum Beispiel sieben Vorträge, die sich der Holocaustinstrumentalisierung in Osteuropa durch die dortige Rechte zuwenden. Nur ein Vortrag beschäftigte sich mit der Notwendigkeit von Analyse und Kritik des Antisemitismus. Zum anderen gab es eine – fast die Hälfte des Gesamtprogramms ausmachende – Fülle an Vorträgen, an denen das Tendenziöse der Konferenz in Sachen Israel und Antisemitismusverharmlosung ablesbar wird. Der Vortrag von Baconi war nur das drastischste Beispiel. Darüber hinaus beklagte ein auf der Konferenz gezeigter Film die repressiven Folgen der Anti-boycott-Gesetze in den USA und ergriff ebenfalls Partei für die BDS-Bewegung. Vier Vorträge stellten einen teilweise auf wackeligen Beinen stehenden Zusammenhang zwischen rechter Instrumentalisierung, Antisemitismuskritik und Israel her. Für sich allein stehend könnte jeder dieser vier Vorträge jeweils als kritische Bestandsaufnahme gelten, aber im Kontext der inhaltlichen Ausrichtung der gesamten Veranstaltung kommt ihnen eine spezifische Funktion zu, da in jedem von ihnen auf unterschiedliche Weise suggeriert wurde, es handle sich bei Antisemitismuskritik und einer israel-solidarischen Haltung um vorrangig rechte Diskursstrategien. So wurde auf einem Podium zwar die Möglichkeit eines sich antisemitisch äussernden Antizionismus eingeräumt, gleichzeitig aber die linken Formen des Antizionismus von diesem Vorwurf freigesprochen und stattdessen der Vorwurf erhoben, zionistische Positionen würden sich antisemitisch artikulieren. Weitere sechs Vorträge widmeten sich auf verschiedene Weise dem, was sie als Instrumentalisierung des Holocaustgedenkens und Instrumentalisierung der Antisemitismuskritik bezeichnen, die laut eigenem Selbstverständnis aus einer ›anti-rassistischen‹ Perspektive kritisiert werden sollen. Diese Vorträge knüpften auf unterschiedliche Weise affirmativ an die aktuellen postkolonialen Angriffe auf das Holocaustgedenken an, wie sie auch im sogenannten Historikerstreit 2.0 debattiert und etwa in Steffen Klävers Buch *Decolonizing Auschwitz?: Komparativ-postkoloniale Ansätze in der Holocaustforschung* so konzise kritisiert

werden. In zweien dieser Vorträge wurde die These der Singularität bzw. Präzedenzlosigkeit des Holocausts als Grund und Instrument des Unsichtbarmachens anderer Genozide angeführt. Kritik am Antisemitismus würde demnach notwendige Rassismuskritik neutralisieren – eine Behauptung, der unschwer abzulesen ist, dass das eine gegen das andere ausgespielt werden soll. Hier kommt vor allem ein postmodernes und postkolonialistisches Rassismusverständnis zum Tragen, in dem ein zweifelhafter Antisemitismusbegriff vorherrscht, der häufig dem Rassismus ein- und untergeordnet wird. Schon dieser kleine Überblick sollte deutlich machen, warum die Konferenz auf – wenn auch marginalen – Widerspruch gestoßen ist, obgleich inhaltlich nur der von Grabowski und Gebert kritisierte Vortrag von Baconi einen kleinen Skandal evozierte.

#### Grenzen des Sagbaren verschieben

Antisemitismuskritik, die sich gegen jede Form des Judenhasses richtet, wurde auf der Konferenz tendenziell als rechtes Narrativ dargestellt, das den Kampf gegen Rassismus verhindere und den nationalistischen Zielen Israels diene. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem globalen Antisemitismus und seinen antiisraelischen Äußerungsformen wurde ebenso ausgespart wie Möglichkeit und Existenz einer von links kommenden solidarischen Haltung zu Israel und Kritik am Antisemitismus; stattdessen schlug man diese den rechten Narrativen zu.

Die, wenn auch teils ungenau formulierten, so doch berechtigten Kritik an der Konferenz wurde, wie so oft, von den Adressierten nicht aufgearbeitet. In einem Statement, das auch auf der Website des ZfA veröffentlicht wurde, zeigte man sich uneinsichtig. Nicht nur wurde, ebenfalls wie so oft, die inhaltliche Kritik aus zweckdienlichen Gründen in bössartige Anfeindung umgedichtet. Zusätzlich wurde von den Kritisierten völlig ausgeblendet, dass sie selbst vehement daran arbeiten, beständig die Grenzen des Sagbaren in Bezug auf Israel zu verschieben. Sie inszenierten sich lieber als aufrechte und marginalisierte Kritiker\*innen, trotz ihrer einflussreichen und hochdekorierten Posten. Die Verteidigung in linksli-

beralen Meinungsmedien gegen die als rechts und konservativ dargestellte Kritik war ihnen dabei sicher. Dass ihnen die Verteidigung in linksliberalen Meinungsblättern gegen die als rechts dargestellte Kritik der Konferenz ebenso sicher war, wie ihre Posten einflussreich und hochdekoriert sind, sei erwähnt.

Das Kokettieren mit Pro-BDS-Positionen, die sich selbst als antirassistisch, postkolonial oder nationalismuskritisch missverstehen, gehört schon länger zum Radical Chic im Milieu akademischer Linkliberaler, die nur zu gern Anschluss an den internationalen Mainstream knüpfen würden. Dessen Vertreter\*innen müssen mit ihrem Antizionismus nicht so hinter dem Berg halten wie ihre deutschen Kolleg\*innen. Die antisemitische Propaganda der BDS-Bewegung dominiert zunehmend den akademischen Geist im angloamerikanischen Raum und darüber hinaus; immer wieder wird die Nähe einzelner Gruppen und Akteur\*innen zu islamistischen Terrororganisationen bekannt, sowie im Allgemeinen das Abgrenzungsbedürfnis zu diesen wenig ausgeprägt ist.

In Deutschland gestaltet sich eine positive Bezugnahme auf israelfeindliche Bewegungen schwieriger, auch wenn Ressentiments gegen Juden\*Jüdinnen und den jüdischen Staat in allen Teilen der Gesellschaft weit verbreitet sind. Der Umstand, dass Antisemitismus und seine israelbezogenen Ausformungen stärker in die Kritik geraten, geht allerdings weniger auf nationalistische Vereinnahmung zurück, wie es die postkolonial inspirierten Israelkritiker zuweilen pauschal behaupten, sondern auf eine von Überlebenden, Nachkommen und Linken gegen die Mehrheitsgesellschaft erkämpfte Aufarbeitung und Kritik des Antisemitismus. Diese Etablierung einer Antisemitismuskritik, die auch die Israelfeindschaft in ihre Analysen einbezieht, wird mittlerweile nicht mehr nur von rechts, sondern auch von links angegriffen. Zugleich wissen antisemitische (neue) Rechte, zu der auch die vorgeblich proisraelischen Rechtspopulist\*innen gehören und auch die israelfeindliche Linke hierzulande sehr gut, wo die Grenzen des Sagbaren verlaufen. So kommt es meist dann zu Debatten in Deutschland, wenn linke Künstler\*innen und Akademiker\*in-

nen aus anderen Ländern unverstellt ihren Israelhass zur Schau stellen, weil sie die hiesigen Verklausulierungen nicht so gut eingeübt haben. Hierzulande lässt man lieber andere stellvertretend die eigenen verhinderten Sympathien für die BDS-Bewegung ausleben. Der Unterstützung aus dem Kunstbetrieb und der Akademie können sie sich dennoch sicher sein, wie u. a. die auch wieder maßgeblich von Schüler-Springorum mitgetragene Initiative GG 5.3 Weltoffenheit verdeutlicht, die sich gegen die BDS-Resolution des deutschen Bundestags positioniert. Ob mit der Unterstützung von BDS oder anderen Antisemitismen von links («Nakba«-Holocaust-Vergleichen, Apartheidsvorwürfen gegen Israel oder weniger offensichtlichen Formen), hier halten auch Antisemitismusforscher\*innen die Tür des Sagbaren für Antizionist\*innen weiter offen. Man möchte weltoffen statt provinziell sein.

Das ZfA ist hier leider kein zuverlässiger Partner im Kampf gegen den Antisemitismus. Wer Hoffnungen in eine unabhängige

Antisemitismusforschung abseits des ZfA hat, findet sie womöglich in Trier oder Aachen. In Trier etabliert sich seit einiger Zeit eine Initiative von Nachwuchswissenschaftler\*innen, die sich ohne Verharmlosungen den drängenden Themen der zeitgenössischen Antisemitismusforschung widmen. In Aachen wurde 2020 mit dem Centrum für Antisemitismus- und Rassismusstudien eine Forschungseinrichtung gegründet, deren dezidiertem Anspruch es ist, die ausgesparten Themen zu berücksichtigen und in die deutsche Diskussion zu bringen. Falls sich – hypothetisch – die Organisator\*innen der Hijacking-Memory-Konferenz für eine Wiederholung bzw. Fortsetzung ihrer Veranstaltung entscheiden sollten, bleibt stark zu bezweifeln, dass auch linke Instrumentalisierungen des Holocausts aufgearbeitet werden. Die zwei kritischen Historiker der vergangenen Konferenz, Grabowski und Gebert, fordern deshalb auch »über eine Konferenz nachzudenken, die sich mit dem Missbrauch des Shoah-Gedenkens von links befasst«. Die notwendige

Debatte über Antisemitismus im Kunst- und Akademie-Betrieb wird so lange nicht zu einem befriedigenden Ende kommen können, solange diese Bereiche weiter von den hier vorgestellten Akteur\*innen und ihrem Verständnis des Verhältnisses von Antisemitismus und Rassismus geprägt und dominiert werden, das auf die Abwehr einer konsequenten Antisemitismuskritik hinausläuft.

Bei diesem Artikel handelt es sich um eine gekürzte Version eines umfangreicheren Beitrags, der am 29. Januar 2023 zuerst auf dem Online-Portal [mena-watch.com](http://mena-watch.com) erschienen ist.

## Aus »Von Hanau nach Halle« wird »Yallah Intifada«

Waren im letzten Jahr noch einige überrascht, wie nahtlos die Wandlung vom gemeinsamen Gedenken an die Opfer der rassistischen und antisemitischen Anschläge in Hanau und Halle zur Instrumentalisierung des Hanau-Gedenkens für israelfeindliche und teils antisemitische Töne war, wurde dieses Jahr schon vor Beginn der Gedenkdemo von den Veranstalter\*innen die politische Linie klargemacht.

Die Migrantifa Berlin gab zur Demo neben antirassistischen Parolen auch die Losungen »Von Hanau bis nach Gaza - yallah Intifada!« und »Palästina Kurdistan! Intifada Serhildan!« aus. Der Judenmord wurde damit nicht nur mit dem Befreiungskampf der Kurd\*innen gleichgesetzt. Auch wurde erneut die antisemitische Ideologie des Hanauer Täters galant unterschlagen zugunsten eines antisemitisch aufgeladene-

nen Hijackings dieser wichtigen antirassistischen Gedenkdemo.

Es war keine überraschende Entwicklung und trotzdem schockiert die erneute Instrumentalisierung des Hanau-Gedenkens durch Israelfeinde. Schon im letzten Jahr gab es ähnliche Wortmeldungen auf Gedenkkundgebungen in Köln und Wien. Während noch im letzten Jahr das Gedenken des rassistischen Anschlags in Hanau und des antisemitischen und rassistischen Anschlags in Halle zusammengeführt werden sollte, was sich in der Parole »Von Hanau nach Halle« zeigte, scheinen sich bei relevanten Träger\*innen des (Berliner) Gedenkens die Prioritäten deutlich zu verschieben.

Der Kampf gegen den Staat Israel und seine Bewohner\*innen scheint dabei wichti-

Kurzstatement der EAG zum antizionistischen Hijacking des Hanau-Gedenkens in Berlin 2022 und 2023

ger, als das Zusammengehen mit von Antisemitismus Betroffenen. Das ist umso zynischer im Wissen dessen, dass in der Ideologie des Mörders von Hanau der rassistische Vernichtungswille eng mit antisemitischen Verschwörungserzählungen verknüpft war.

Wer nun nicht mehr von »Hanau nach Halle« gedenken will, sondern »nach Gaza« und zur »Intifada« aufruft, also zum Mord an Jüdinnen\*Juden, der schließt nicht nur die Betroffenen aus Halle aktiv aus dem Gedenken aus. Er zieht auch das Gedenken an die Hanauer Opfer eines antisemitischen Täters in den Dreck und offenbart seine antisemitische Schlagseite. Der Ruf nach »Intifada« hat auf linken Demonstrationen nichts zu suchen.

Für eine antisemitismuskritische Linke!

# Antisemitismus im deutschen Kunst- und Kulturbetrieb

Dieser Text war ursprünglich ein [Redebeitrag der Autonomen Neuköllner Antifa](#), gehalten auf der antifaschistischen Demonstration am 9. November 2022 in Berlin-Moabit in Gedenken an die Novemberpogrome von 1938.

Im Oktober 2022 jährte sich der antisemitische und rassistische Anschlag in Halle zum dritten Mal. Ein bewaffneter Rechtsterrorist hatte versucht, sich an Jom Kippur Zugang zur Synagoge zu verschaffen. Als er scheiterte, erschoss er die Passantin Jana L. auf der Straße vor der Synagoge und Kevin S. in einem nahe gelegenen Imbiss. Es gibt absolut keinen Grund, auch nur einen Moment an der Gefährlichkeit des mörderischen Antisemitismus von rechts zu zweifeln.

Dennoch zeigte sich in diesem Jahr so deutlich wie selten zuvor, dass Antisemitismus als gesellschaftliches Phänomen auch gerade dort zu finden ist, wo er gemeinhin weniger vermutet wird. Etwa in der achso weltoffenen deutschen Kulturlandschaft, wo die Kunstschau »documenta« eindrucksvoll bestätigte, wie berechtigt die Warnungen vor der Nähe ihrer Kurator\*innen zur antisemitischen BDS-Bewegung von Anfang an gewesen waren. Zum Vorschein kamen am laufenden Band Beispiele von Antisemitismus in der ausgestellten Kunst. Das Kurator\*innenkollektiv aus Indonesien versuchte die Kritik mit Rassismusvorwürfen abzuwehren. Ihre Unterstützer\*innen in den Feuilletons rechtfertigten den israelbezogenen Antisemitismus der Kunstwerke unverdrossen als überfällige postkoloniale Öffnung der »provinziellen« Erinnerungskultur an die Shoah. Doch der Blick muss nicht nach Kassel schweifen, um auf Antisemitismus in sich progressiv gebenden Milieus zu schauen.

Während wir hier in Moabit demonstrierten, trafen sich heute am Alexanderplatz selbsternannte »Freie Geister« für einen Spaziergang gegen eine nicht existierende Impfpflicht. Zusammengewürfelt ist diese Versammlung aus Überbleibseln der verschwörungsideologischen Proteste von Pandemie-Leugner\*innen, die ihren Ursprung am Rosa-Luxemburg-Platz hatten. Dort versammelten sich von Anfang an auch Milieus, die sich eher links verorten, sich aber nach rechts bewegen. Bestes Beispiel ist einer der ursprünglichen Berliner Initiatoren, Anselm Lenz. Der Dramaturg begann seine Laufbahn in einem antikapitalistischen Theaterkollektiv und hatte sich im Zuge der Besetzung der Volksbühne, als Protest gegen einen neuen Intendanten, weiter politisiert. Inzwischen ist er nicht nur gern gesehener Gast in Gerichtssälen, sondern auch am Institut für Staatspolitik eines gewissen Götz Kubitschek in Schnellroda.

Eine Gesellschaft, die einige Vertreter\*innen etablierter Berliner Kulturinstitutionen selbstverständlich empört zurückweisen würden. Sie versammeln sich lieber hinter hochtrabenden Erklärungen, die Kritik an Antisemitismus als Bedrohung für die Kunstfreiheit brandmarken. Vermutlich würden sich einige Unterzeichner\*innen solcher Resolutionen von einer Versammlung, die ebenfalls am Abend des 09. November 2022 am Neuköllner Hermannplatz stattfand, eher angesprochen fühlen. Unter dem Motto »Von Berlin nach Palästina: Hoch die internationale Solidarität« sollten am 9. November im Anschluss an die antizionistische Veranstaltung dann aber auch noch artig Stolpersteine geputzt werden. Denn auf dem Ticket des offenen Dialogs und internationalistischer Phrasen wird eine unverhohlene Einseitigkeit in Bezug auf Israel gepflegt. Im Berliner Haus der Kulturen der Welt konnte bei einer Konferenz

**Die Antwort auf diese Zustände ist und bleibt emanzipatorischer Antifaschismus.**

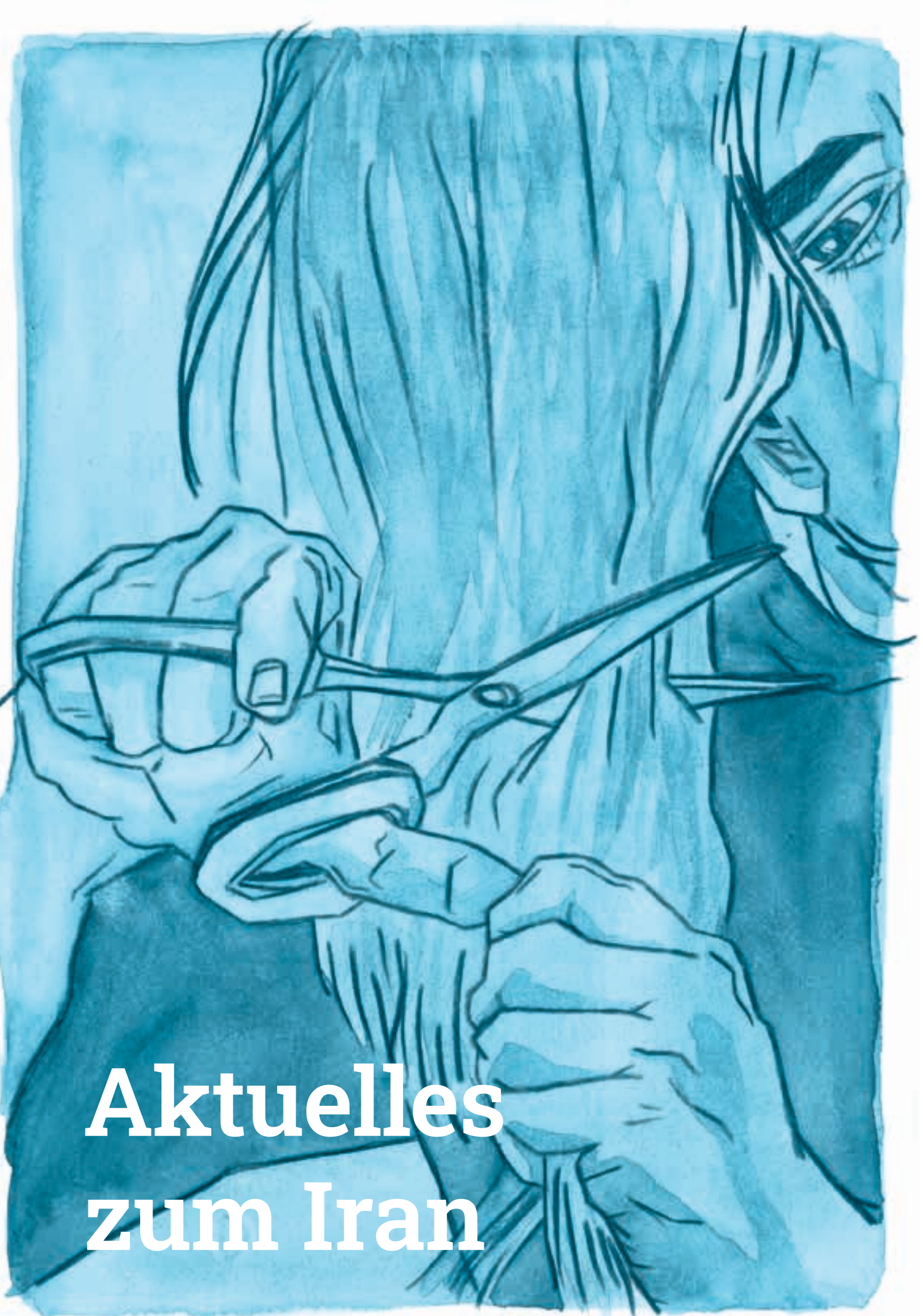
im Sommer etwa angeregt darüber philosophiert werden, wie der Staat Israel das Shoah-Gedenken instrumentalisieren, um die Kolonisierung Palästinas zu stützen. Dass eine der Organisator\*innen dieser Konferenz die »documenta« in ihrem Umgang mit Antisemitismus unterstützen sollte, schließt den Kreis mit einem

Treppwitz. Eine Besserung ist allzu schnell jedoch kaum zu erwarten. Dass die lauteste Kritik an antisemitischen Äußerungen, auch des künftigen

Intendanten des HKW, nicht etwa von links oder aus dem Kulturbetrieb selbst kommt, sondern ausgerechnet von der »Bild«-Zeitung, rundet das Bild des traurigen Gesamtzustandes weiter ab. Deutschland ist nun mal immer noch Deutschland.

Doch von dem, was sich wie Ohnmacht anfühlt, lassen wir uns auch hier und heute nicht dumm machen. Die Antwort auf diese Zustände ist und bleibt emanzipatorischer Antifaschismus. Ein Antifaschismus, der Antisemitismus kritisiert ohne Rassismus zu relativieren und umgekehrt. Bezogen auf antifaschistische Gedenkpolitik heißt das, sich weder von der liberaldemokratischen »Happy End«-Erzählung vereinnahmen zu lassen, noch sich vom kritischen Gestus eines falschen Postkolonialismus in die Relativierung der Shoah und des deutschen Antisemitismus treiben zu lassen.

**Gedenken heißt Handeln! Gegen jeden Antisemitismus!  
Nie wieder Deutschland!**



# Aktuelles zum Iran

# Die Revolutionsgarden zum Tanzen bringen

**Die Aufstände im Iran gehen weiter und das Regime zeigt erste Anzeichen von Schwäche. Nun soll mit russischer Hilfe die Opposition niedergeschlagen werden.**

Von Fathiyeh Naghibzadeh und Andreas Benl

Die Umsturzbewegung, die auf den Tod der 22jährigen Jina Mahsa Amini in den Händen der Sittenpolizei folgte, erschüttert die Islamische Republik Iran nunmehr seit fast drei Monaten<sup>1</sup>. Auch die brutalste Unterdrückung mit Hunderten von Toten und mehr als 15 000 Verhafteten konnte die Proteste nicht zerschlagen, die Demonstrierenden ließen sich nicht einmal durch Berichte von Folter und Massenvergewaltigungen in den Gefängnissen einschüchtern.

Der Aufstand richtete sich von Anfang an nicht nur gegen die Untergebenen des Obersten Führers Ali Khamenei, sondern gegen den Oberbefehlshaber der Islamischen Republik höchstselbst. In den ersten Tagen der Proteste verkündete die Regimegegnerin Fatemeh Sepehri in einem Videointerview mit dem in London ansässigen persischsprachigen Fernsehsender Iran International: »Liebe Welt, ob ihr helft oder nicht, wir werden keine Ruhe geben, bis wir Khamenei und die Islamische Republik gestürzt haben.« Sepehri ist eine religiöse Frau, die den Tschador trägt, gehört aber zu den radikalsten Kritiker\*innen des Herrschaftssystem in der Islamischen Republik. Sie wurde umgehend verhaftet und sitzt bis heute in Einzelhaft.

Die Aufstände der Vergangenheit konnte Khamenei schnell öffentlich verurteilen, deren Beendigung aber getrost den jeweiligen Präsidenten, den Repressionskräften und dem Pseudopluralismus von sogenannten Reformern und Hardlinern des Regimes überlassen, ohne sich aus seiner erhabenen Position in die Niederungen der Tagespolitik begeben zu

müssen. Unterstützung erhielt das Regime bei diesem politischen Spiel vor allem aus Deutschland und Europa, wo man die Illusion pflegte, unter den Bedingungen der Islamischen Republik seien substantielle politische Reformen möglich. Der Einfluss der Reformislamisten auf die iranische Gesellschaft hat sich jedoch immer weiter verringert, so dass die Aufhebung des 2015 verhängten Medienbanns für den ehemaligen Präsidenten Mohammad Khatami als Beschwichtigungsmaßnahme verpuffte, nachdem dieser im November verkündete, dass sich das Regime zwar auf die Demonstrierenden zubewegen müsse, ein Ende der Diktatur der Islamischen Republik jedoch »weder möglich noch wünschenswert« sei.

Den Spielraum für innenpolitische Manöver hat Khamenei in den vergangenen Jahren selbst notgedrungen verkleinert: Spätestens die Massaker vom November 2019, als ein sich an Benzinpreiserhöhungen entzündender Massenprotest das Regime an den Rand des Abgrunds brachte, veränderte die Lage, zerstörte im Land die letzten Reformillusionen. Khamenei forderte, den Aufstand mit allen Mitteln niederzuschlagen. In der Folge töteten die Repressionsorgane des Regimes nach Erkenntnissen der Nachrichtenagentur Reuters über 1 500 Menschen, ein Bericht der Organisation Center for Human Rights in Iran von 2021 geht sogar von über 3.000 Getöteten aus.

Beim derzeitigen Aufstand unter dem Motto »Frau, Leben, Freiheit« zögerte Khamenei wochenlang mit einer öffentlichen Reaktion: Sie hätte gemäß seinem Herrschaftsverständnis nur darin beste-

hen können, noch härtere Repression anzuordnen, ohne sich aber sicher sein zu können, ob sich seine Fußtruppen noch dauerhaft dafür mobilisieren lassen würden. Denn dem Regime, das seine Ressourcen lieber für den globalen Jihad und den Kampf gegen Israel einsetzt als für heimische Belange, kommt die Herrschaftslegitimation abhanden. Deshalb versucht es, Anführer der Oppositionsbewegung auf heimischem Territorium zu identifizieren und zu beseitigen. Der populäre regimekritische Rapper Toomaj Salehi ist nur ein Beispiel hierfür. Er wurde Ende Oktober festgenommen. Ihm droht die Hinrichtung, weil ihn die Justiz der Islamischen Republik der »Verdorbenheit auf Erden« anklagte. Den ebenfalls mittlerweile weltbekannten Blogger Hossein Ronaghi ließ das Regime nach einem 64tägigen Hungerstreik auf Kaution frei. Anscheinend befürchtet es, sein Tod könne die Proteste weiter anheizen.

Für kurze Zeit schien die Fußballweltmeisterschaft der Männer in Katar einen propagandistischen Ausweg zu bieten. Eine der kürzlich geleakten Tonaufnahme von einer Rede des Kommandeurs der paramilitärischen Basij-Miliz, Ghasem Ghoreyshi, zeigt die enge Kollaboration Katars mit der Islamischen Republik. Diese Kooperation umfasste Ghoreyshi zufolge sowohl die Unterdrückung von Antiregimeprotesten bei der WM in Katar als auch die Inszenierung einer Propagandashow für die Teheraner Machthaber mittels eingeflogener Regimeanhänger\*innen. Gemeinsame Zensurstrengungen der Behörden Katars und iranischer Regimevertreter\*innen und der

Fifa werden auch durch journalistische Recherche bestätigt, so in Berichten der ZDF-Korrespondentin Golineh Atai aus Katar.

Im Iran kursierten derweil bizarre Bilder von Fußballfeiern tanzender mit Gewehren und Schlagstöcken bewaffneter Basij-Milizionäre. Der Traum, dass die iranische Fußballbegeisterung die Proteste mildern könnte, platzte jedoch spätestens, als die Niederlage der Nationalmannschaft gegen die USA von Tausenden von Menschen im Iran gefeiert wurde.

Das größte Problem des Herrschaftssystems der Islamischen Republik besteht heutzutage darin, dass sich die Aufmerksamkeit der Welt auf seinen innenpolitischen Zustand anstatt auf seine vermeintliche Weltgeltung richtet, die auf terroristischen Provokationen beruht. Das kratzt an der Rolle als weithin akzeptierter global player.

Die Hackergruppe Black Reward veröffentlichte interne Dokumente des iranischen Regimes, aus denen hervorgeht, dass die Proteste und Streiks im Iran wesentlich größer sind, als das Regime zugeben will. Presseberichten zufolge lässt sich den Dokumenten des Weiteren entnehmen, dass Khamenei seine Untergebenen anwies, ins Zentrum ihrer Propaganda die Behauptung zu stellen, die Proteste würden aus dem Ausland gesteuert. Denn nur die ideologische Identifizierung der Opposition mit einer ausländischen (Welt-)Verschwörung kann alle Zweifel, die in den Milizen des Regimes wachsen, zerstreuen. Nur so können sich diese weiterhin zu der entgrenzten Gewalt gegen iranische Oppositionelle legitimiert fühlen, in denen sie dann nicht den Nachbarn, die Landsfrau oder Jugendliche und Kinder sehen, sondern gesichtslose Agenten des Westens oder Israels.

Dieser Linie entspricht die Militarisierung der Aufstandsbekämpfung in den Provinzen Sistan-Belutschistan, in der die meisten Demonstrierenden erschossen wurden, und Kurdistan, in der die Islamische Republik bereits nach dem Tod Mahsa Aminis versuchte, die Empörung darüber als Komplott ausländischer Geheimdiens-

te und kurdischer Separatist\*innen darzustellen, und exilkurdische Organisationen im Nordirak bombardierte.

In Deutschland war das Echo auf die revolutionären Ereignisse im Iran zunächst verhalten. Charlotte Wiedemann schrieb noch Mitte Oktober in der linken Taz, es sei »weder im Inland noch im Ausland eine demokratische Kraft erkennbar, die in Teheran Verantwortung übernehmen könnte, wenn das jetzige System implodiert«, und warnte vor dem Sturz des Regimes. Rainer Hermann mahnte in der FAZ fast wortgleich: »Sollte eine Revolution Erfolg haben, dann würde dem Land (...) eine Implosion drohen. Anders als 1979 gibt es weder im Ausland und noch weniger im Inland eine organisierte Opposition, die das Vakuum füllen könnte.« Es bestehe »das Risiko, dass künftig von dem Land eine noch größere geopolitische Gefahr ausgehen wird«. Im November beklagte er »Hasskampagnen« der regimekritischen iranischen Diaspora, deren Opfer unter anderem der in die Kritik geratene Iran-Berater des Auswärtigen Amts, Adnan Tabatabai, sei.

Doch unter dem Druck der Ereignisse im Iran, vor dem Hintergrund iranischer Drohenlieferungen für Russlands Krieg in der Ukraine und wachsender Kritik an der jahrzehntelangen deutschen und europäischen Kooperation mit der Islamischen Republik veränderte sich die politische Szenerie etwas. Ende Oktober verkündete Außenministerin Annalena Baerbock, sie wolle prüfen lassen, ob die EU die Revolutionsgarden (IRGC) als Terrororganisation einstufen könne. Wie ernst es die Bundesregierung damit meint, bleibt allerdings fraglich. Erst kürzlich sagte Katja Keul, eine Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Voraussetzung für eine solche Einstufung der IRGC seien Ermittlungen oder eine Strafverfolgung gegen deren Mitglieder, die es bisher nicht gebe. Die Aussage verwundert, beispielsweise erging 2017 ein rechtskräftiges Urteil gegen einen Angehörigen der Quds-Brigaden der IRGC, der den ehemaligen Vorsitzenden der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Reinhold Robbe als potentielles Anschlagziel ausspionierte. Der CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen stellt die Absicht der Regierungskoalition in Frage, die Terrorlistung aktiv

zu betreiben. Aktivist\*innen fordern die Bundesregierung auf, Sanktionen gegen die IRGC und ihre Netzwerke in Deutschland einzuleiten.

Derweil steigt die von der Islamischen Republik ausgehende Terrorgefahr in den westlichen Ländern. Laut dem ehemaligen US-Regierungsberater Matthew Levitt, der im Bereich der Terrorismusbekämpfung forschte, wurden von 124 seit 1979 aufgedeckten Terrorplänen aus dem Iran 36 in den vergangenen zwei Jahren vorbereitet, so die Washington Post. Im Fall mehrerer Anschläge auf jüdische Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen Mitte November vermutet die Bundesanwaltschaft eine Urheberschaft der IRGC.

Für den 5. bis 7. Dezember waren weitere landesweite Proteste im Iran angekündigt worden. Die Äußerungen von Mohammed Jafar Montazeri, dem Generalstaatsanwalt der Islamischen Republik, über eine angeblich bevorstehende Abschaffung der Sittenpolizei klassifizieren iranische Oppositionelle als Trick. Andererseits zeigt diese Meldung durchaus, unter welchen Druck die nicht enden wollende Aufstandsbewegung die Herrscher der Islamischen Republik setzt. Der Journalist Mehdi Mahdavi Azad beschrieb die Situation sinnbildlich: Früher hätten Revolutionsgarden und Basiji Menschen aus Angst vor unkontrollierbaren Situationen geschlagen, wenn sie einen Sieg der Fußballnationalmannschaft tanzend feierten, »jetzt haben wir sie zum Tanzen gebracht«.

<sup>1</sup> Der Artikel erschien zuerst am 8. Dezember 2022 in der Jungle World.

Die Proteste im Iran gehen bis heute weiter, die Repression des Regimes auch. Inzwischen wurden etliche der Festgenommenen exekutiert. Die EU hat die IRGC nicht auf die Terrorliste gesetzt.

# Der Hijab und die Sittenpolizei

**Die Überwachung der religiös definierten Rolle der Frau ist für die Islamische Republik fundamental. Nicht umsonst haben die Aufstände im Iran mit dem Widerstand gegen die Zwangsverhüllung für Frauen begonnen. Weil sie sich dagegen auflehnen, werden sie als Feinde des Systems bekämpft.**

Von Pascal Beck

Steht das Ende der verhassten Sittenpolizei bevor? Am Wochenende sorgte weltweit die Meldung für Aufsehen, der Generalstaatsanwalt der Islamischen Republik Iran, Jafar Montazeri, habe auf einer Pressekonferenz verkündet, die religiöse Sittenpolizei, die unter anderem die Einhaltung der Kleidervorschriften für Frauen überwacht, sei aufgelöst worden.

Doch schnell folgten gegenteilige Äußerungen. In iranischen Staatsmedien hieß es, es falle nicht in die Befugnisse der Justiz, solche Entscheidungen zu treffen. Eine Bestätigung der Aussage Montazeris seitens des Innenministeriums erfolgte nicht. Andere Medien meldeten, Montazeris Äußerung sei falsch interpretiert worden: Er habe nur auf Nachfrage kommentiert, dass sich seit Beginn der landesweiten Proteste die Sittenpolizei weniger in der Öffentlichkeit zeige, gleichzeitig aber versichert, dass die Justiz nach wie vor Verletzungen der Kleidervorschriften ahnde. Am Montag schrieb die aus dem Iran stammende Frauenrechtlerin Masih Alinejad auf Twitter, eine Angestellte eines Teheraners Geschäft sei angeklagt worden, weil ein Foto von ihr ohne Verhüllung im Internet zirkuliert habe. »Die Sittenpolizei wurde nicht abgeschafft. Das war eine absolute Lüge«, kommentierte Alinejad.

Vor allem scheint es schwer vorstellbar, dass der Verhüllungszwang für Frauen aufgehoben werden könnte, solange das islamistische Regime an der Macht bleibt.

Bei den unter anderem von der Sittenpolizei durchgesetzten Zwängen handelt sich nicht um beliebige soziale Konventionen, die im Zuge einer Modernisierung der Islamischen Republik Iran revidiert werden könnten – sondern um Kernelemente des herrschenden Systems.

Schon in der Präambel der iranischen Verfassung wird die islamische Revolution als Befreiung von den »Lastern der Verführung und Abtrünnigkeit« bezeichnet. Sie habe die iranische Gesellschaft »von wesensfremden Gedankengut« gereinigt und »zur islamischen Weltanschauung« zurückgeführt. Frühere »antikolonialistische Bewegungen« seien gescheitert, weil ihnen eine ihren Kampf tragende Weltanschauung gefehlt habe. Die Aufgabe der Verfassung sei es daher, die Voraussetzungen zu schaffen, unter denen sich die Menschen mit den islamischen Werten entfalten könnten. Dafür benötige es die Beteiligung aller Bürger\*innen – auch der Frauen. In Hinblick auf die Rolle der Frau ist eine Stelle besonders von Bedeutung: »Nach dieser Auffassung über die Familie als grundlegende Einheit wird die Frau vom Zustand eines Gebrauchsobjektes beziehungsweise eines Werkzeuges im Dienste des Anreizes zu übermäßigem Konsum und von der Ausbeutung befreit; während sie die bedeutende und wertvolle Aufgabe der Mutterschaft zur Erziehung von Menschen mit fester Weltanschauung zurückgewinnt, ist sie zunächst Mitkämpferin der Männer im aktiven Leben. Als Folge der Übernahme einer

größeren Verantwortung wird ihr aus der Sicht des Islam eine größere Wertschätzung und höhere Würde zuteil.«

Dieses Frauenbild geht maßgeblich auf ein Buch zurück, das noch vor der iranischen Revolution veröffentlicht wurde. In »Fatima ist Fatima« übte der Religionssoziologe Ali Shariati Kritik an den Reformen des Schahs zur Frauenemanzipation und pries Fatima, die jüngste Tochter des Propheten Mohammed, als Vorbild aller islamischen Frauen. In der traditionellen iranischen Gesellschaft habe das »Vaterrecht« das Leben der Frau bestimmt. Der Vater trat als Vermittler zwischen der Gesellschaft und ihr auf. Erst unter Reza Schah Pahlavi, ursprünglich Reza Khan, der als erster Schah von 1925 bis 1941 den Iran regierte, wurde das traditionelle Vaterrecht relativiert. Frauen benötigten fortan nicht mehr die Zustimmung ihrer Väter, wenn sie beispielsweise studieren oder arbeiten gehen wollten. Shariati lehnte sowohl die traditionelle wie auch die moderne Rolle der Frau ab. Durch die Reformen sei die Frau »verwestlicht« und ihrer »Identität« beraubt worden. Der westliche Kapitalismus und Konsumismus habe sie zu »modernen Puppen« umgeformt, »die die Form des Feindes« angenommen hätten. Doch auch die traditionelle Frau sei in ihrer »ruhigen, zahmen, alten Form« überholt. Shariati stellte diesen beiden einen dritten Idealtypus entgegen: Die Frau an der Seite des islamischen Mannes als Kämpferin für den Gottesstaat, die in der Gesellschaft politisch agiert.

Sowohl in der Verfassung der Islamischen Republik wie auch bei Shariati liegt die Betonung auf dem antikolonialen Kampf. Seit langem kursiert eine Geschichte, die bis heute in verschiedenen Versionen als Grundlage für die Propaganda des Regimes dient: Im 15. Jahrhundert sei es den Christen gelungen, die Muslime zu schwächen und Andalusien zurückzuerobern, indem man die Frauen dazu verleitet habe, das Kopftuch abzulegen. Die Beseitigung des Hijab sei somit eine Waffe des Westens, um muslimische Länder zu erobern. Im Iran selbst seien diese Versuche erfolglos gewesen – bis Reza Khan an die Macht kam, der die Frauen enthüllt und die Kolonialpolitik nolens volens vorangetrieben habe, obwohl er das Land unabhängig von Großbritannien machte.

Die zentrale Bedeutung der Verschleierung der Frau für die Islamische Republik unterstreicht die Verfassung dadurch, dass sie der Frau die Aufgabe zuspricht, den heiligen, islamischen Charakter der Familie zu garantieren: Die Ehefrau ist die entscheidende Instanz für die Reproduktion der islamischen Gesellschaft. Somit trägt sie auch die Verantwortung, wenn diese gefährdet wird. Frauen werden damit einerseits sakralisiert, andererseits stehen sie unter ständigem Verdacht, die ihnen auferlegten Pflichten nicht zu erfüllen. Das Kopftuch steht ganz im Sinne

Shariatis für die Ablehnung des westlichen Lebensstils, die Rückbesinnung auf die islamische Rolle und die besondere politische Aufgabe der Frau in der Islamischen Republik. Der zentralen Dichotomie der iranischen Theokratie entsprechend ist die Frau entweder nach den Regeln des Regimes verschleiert, oder sie wird zur Bedrohung des Regimes stilisiert.

Ruhollah Khomeini, der Anführer der Revolution von 1979, bezeichnete die Gegner\*innen der Zwangsverschleierung als »Prostituierte« und auch sein Nachfolger als sogenannter Oberster Führer, Ali Khamenei, warnt vor denjenigen, die »Promiskuität und Prostitution« propagierten. Ein ehemaliges Parlamentsmitglied schrieb als Reaktion auf die Proteste: »Was glauben Sie, was die Minderheit will, die in einigen Straßen mit dem Kopftuch wedelt? Die einzige ›Freiheit‹, die sie wollen, ist, jede Nacht mit jemandem zu schlafen und sich wie Tiere zu benehmen.« Schon 1979 schmähte Khomeini den Wunsch nach Freiheit als Wunsch nach Spielbanken, Alkohol, Bordellen und Drogen. Gemäß dieser Sichtweise sind die Frauen, die derzeit gegen die Zwangsverschleierung protestieren, innere Feinde, die das ganze System ins Wanken bringen.

Der offenbar gewaltsame Tod Jina Mahsa Aminis im Gewahrsam der Sittenpolizei

war eine Folge dieser Politik, die sich immer wieder in Gewalt gegen Frauen entlädt. Seit Beginn der Proteste gibt es auch zahlreiche Berichte über sexuelle Gewalt von Polizisten und Angehörigen der Justizbehörden. Ende November veröffentlichte CNN eine Recherche, in der mehrere Fälle von systematischer Gewalt und Vergewaltigungen geschildert werden.

Die Angst der Mullahs ist nicht unbegründet. Eine erst kürzlich veröffentlichte Studie des Tony Blair Institute for Global Change kam zu dem Ergebnis, dass 78 Prozent der 20- bis 29jährigen, 68 Prozent der 30- bis 49jährigen und 74 Prozent der über 50jährigen Iraner\*innen den Verschleierungszwang für Frauen ablehnten. 84 Prozent der Gegner\*innen des Hijabzwangs sagten, sie wollten in einem säkularen Staat leben – de facto macht sie das zu Revolutionär\*innen. Das Regime dürfte das wissen und versucht, mit aller Gewalt dagegen vorzugehen.

Der Artikel erschien zuerst am 8. Dezember 2022 in der Jungle World.

# Gegen den Al Quds-Tag 2023

Auch in diesem Jahr mobilisieren islamistische Kreise zu einer Demonstration am sogenannten Al Quds-Tag, dieses Jahr voraussichtlich am 14. April. Seit 1979 wird am Ende des Ramadan, vom Iranischen Regime orchestriert, weltweit auf Demonstrationen die Vernichtung Israels gefordert. Das antifaschistische Bündnis gegen den Al Quds-Marsch organisiert Proteste gegen diese antisemitische Manifestation. Besonders in Zeiten, in denen das Regime durch die feministischen Proteste ins Schwanken gerät ist ein Protest gegen diese Propaganda-Show notwendiger denn je. Da sich wieder erst kurzfristig entscheidet, ob der Marsch laufen kann, schaut bitte regelmäßig auf: <https://keinalqudstag.noblogs.org>





# »Freiheit für die Menschen im Iran!«

Redebeitrag der Emanzipativen & Antifaschistischen Gruppe für die Kundgebung »Revolutionsgarden auf die Terrorliste« des Bündnisses »Stopp Appeasement« am 19. Februar 2023

Liebe Freund\*innen,

44 Jahre sind seit der Islamischen Revolution im Iran vergangen.

44 Jahre in denen Menschen gefoltert wurden,

44 Jahre in denen Menschen verschleppt wurden,

44 Jahre in denen Menschen hingerichtet wurden.

Gefoltert, verschleppt und hingerichtet von einem Regime, welches Frauen und Minderheiten verachtet, ja welches die Freiheit verachtet. Maßgebend dabei die Revolutionsgarden im Iran, die nicht nur vor Ort, sondern auch im Ausland für Morde und Anschläge verantwortlich sind. Die sogar in der Europäischen Union morden. Die Waffenprogramme zur angestrebten Auslöschung Israels verantworten. Trotzdem weigert sich die Europäische Union und mit ihr die Deutsche Außenpolitik, die Revolutionsgarden auf die Terrorliste zu setzen.

Einmal mehr wird deutlich, dass ein stabiler Handelspartner für Deutschland und die EU wichtiger ist als die Einhaltung grundlegender Menschenrechte. Selbst in der derzeitigen Situation massenhafter Inhaftierungen und der blutigen Niederschlagung der Aufstände schafft es die EU nicht die Revolutionsgarden als Terrororganisation einzustufen. Das muss aus einer antifaschistischen Perspektive unbedingt angeprangert werden!

Doch, wie schon eingangs erwähnt, mordet das Regime nicht erst seit ein paar Monaten, nein, es mordet schon seit Jahrzehnten.

Man könnte meinen, die Politik der Islamischen Republik, die frauenverachtend, homo- und queerfeindlich ist, sei auch seit Jahrzehnten Anlass linker und feministischer Kritik. Sieht man sich die Lage in der Islamischen Republik genauer an, sollte daran eigentlich kein Zweifel aufkommen: Frauen ist es verboten unverschleiert das Haus zu verlassen, Sittenwächter\*innen überwachen in der Öffentlichkeit die Kleiderordnung, Frauen sind systematisch sexueller Gewalt ausgeliefert Vergewaltigungen werden den Betroffenen angelastet, Täter kommen oft ungestraft davon, Frauen, die Betroffene von sexueller Gewalt geworden sind, wird dies als vorehelicher Geschlechtsverkehr ausgelegt, was im schlimmsten Fall mit dem Tod durch Steinigung bestraft werden kann. Sie sind das gesetzliche Eigentum ihres Mannes, ohne Sorgerecht, ohne Reiseerlaubnis.

Auch Homosexuelle und queere Menschen sind in der Islamischen Republik mit dem Tod bedroht. Homosexualität gilt als eines der schwersten zu begehenden Verbrechen. Bei homosexuellen Geschlechtsverkehr droht die Todesstrafe, die durch öffentliches Hinrichten vollstreckt wird.

Solidarität mit emanzipatorischen und feministischen Kämpfen im Iran sollte also für Antifaschist\*innen und Feminist\*innen nicht verhandelbar sein, meint man es mit dem Kampf gegen Sexismus und Patriarchat und dem Kampf für eine befreite Gesellschaft ernst. Doch viel zu lange wurde in weiten Teilen der Linken aus falsch verstandenem Kulturrelativismus dazu geschwiegen - und schlimmer, noch anderen Linken, welche die Islamische Republik in ihrer Kritik adressierten Muslimfeindlichkeit und Rassismus unterstellt. Dabei ist es gerade auch innerhalb feministischer Diskurse elementar eine emanzipatorische Kritik am politischen Islam zu formulieren. Frauen, Homosexuellen, queeren Menschen, ethnischen Minderheiten und politisch

Verfolgten gehört in ihren Kämpfen überall unsere Solidarität ausgesprochen, egal wo auf der Welt sie leben. Große Teile der Linken haben mehr mit der deutschen Regierung gemein, als ihnen selbst wahrscheinlich recht ist: scheinheilige Zurückhaltung, kulturrelativistisches Appeasement mit den Feinden der Freiheit und der Moderne.

Dabei gilt es solidarisch zu sein mit den Frauen im Iran, die unterdrückt werden und mutigen Widerstand leisten, mit allen Menschen im Iran, die sich nach Freiheit sehnen, mit den Kurd\*innen im Iran, die gegen die Repression auf die Straße gehen, mit den politisch Verfolgten des Regimes und natürlich mit denjenigen, die aus dem Iran fliehen mussten und hier leben.

**Und es gilt ganz entschieden gegen die islamische Republik zu protestieren. Gegen die islamische Republik und gegen die deutsche und europäischen Doppelmoral, die mit diktatorischen Regimen, wie dem im Iran, Handel betreibt, diese stützt und selbst daran profitiert.**

**Es klingt schon etwas abgedroschen, aber wir wiederholen es gerne solange bis es irgendwann hoffentlich Realität ist: Freiheit ist weder westlich oder östlich - sie ist universal.**

**Somit Freiheit für die Menschen im Iran! Jin Jiyan Azad!**

**Freiheit ist weder westlich oder östlich - sie ist universal.**

# Atomprogramm: Das Design ist deutsch

In der letzten Februarwoche warteten die Medien mit einer Nachricht auf, die dramatisch war und doch nur müde zur Kenntnis genommen wurde: Inspektor\*innen der Wiener IAEA (Internationale Atomenergie Agentur) seien bei einer Iranreise auf Spuren von Uran gestoßen, das zu 84% mit dem spaltbaren Isotop U235 angereichert war. Eine derart hohe Anreicherung braucht man nur für Atombomben, für kommerzielle Atomkraftwerke reichen drei bis vier Prozent, für Forschungsreaktoren ca. 20 Prozent. Nun müsste auch den gutgläubigsten Empfänger\*innen der Nachricht klar geworden sein, was die Islamische Republik mit ihrem Atomprogramm beabsichtigt.

Von Detlef zum Winkel

Wenige Tage später bestätigte die IAEA die Pressemeldungen in ihrem jüngsten vierteljährlichen Bericht »Verification and monitoring in the Islamic Republic of Iran«<sup>1</sup>. Die iranische Seite habe im November darüber informiert, dass sie die Anreicherung in der Anlage von Fordo, 50 Kilometer südlich des religiösen Zentrums Ghom gelegen, erweitern wolle. Insbesondere sei beabsichtigt, zwei Kaskaden leistungsfähiger Zentrifugen (Typ IR-6), die vorher separat bedient wurden, zusammenzuschließen, um eine 60-prozentige Anreicherung zu bewerkstelligen. Offenbar ahnten die IAEA-Inspektor\*innen, dass diese Maßnahme heikel werden könnte. Sie intensivierten ihre Besuche in der FFEP (Fordow Fuel Enrichment Plant) und stellten zunächst fest, dass die fraglichen IR-6 Kaskaden anders konfiguriert waren, als es ihnen beschrieben worden war. Die Iraner räumten das ein und beließen es dabei.

Bei einem weiteren Besuch in Fordo entnahmen die Inspektor\*innen Proben aus einer Umweltmessstelle und ließen sie in einem Labor untersuchen. Dabei wurden Partikel mit einer Urananreicherung von 83,7% nachgewiesen. Die Erklärungsversuche iranischer Offizieller

können wir uns ersparen. Um Ausreden ist man dort nie verlegen. Lagerbestände von derart hoch angereichertem Uran konnten die Inspektor\*innen jedoch nicht entdecken. Das war also entweder schon weggeschafft worden oder es hatte nur einen Test gegeben, um zu prüfen, ob man mit der neuen Konfiguration tatsächlich waffenfähiges Spaltmaterial produzieren kann. Der Test war offensichtlich erfolgreich.

Erneut beklagt der Report, dass die IAEA zu einer zuverlässigen Überwachung seit zwei Jahren nicht mehr in der Lage sei. Im Sommer 2022 wurde sie sogar gezwungen, ihre Instrumente, 27 Kameras und weitere Geräte, abzubauen. Daher sieht sich die Agentur nicht in der Lage, ihren Auftrag zu erfüllen, die Einhaltung des Atomabkommens von 2015 (Joint Comprehensive Plan of Action) zu kontrollieren. Selbst wenn das Monitoring wiederhergestellt würde, sei es nicht mehr möglich, die nuklearen Aktivitäten des Iran lückenlos zurückzuverfolgen. Mit anderen Worten: Über einen langen Zeitraum bestand die Möglichkeit, nukleare Produkte für militärische Zwecke beiseite zu schaffen, ohne damit aufzufallen. Die Frage, ob ein Regime mit einem völlig überdimen-

sionierten Atomprogramm eine solche Gelegenheit verstreichen lässt, beantwortet sich fast von selbst.

Das Arsenal an angereichertem Uran, Stand Februar 2023, gibt die IAEA auf der Basis iranischer Angaben wie folgt an: insgesamt 3402 Kilogramm, das Elf-fache der im JCPOA vereinbarten Obergrenze. Darunter seien 87,5 Kilogramm Uranhexafluorid mit 60-prozentiger Anreicherung und 434,7 Kilogramm zu 20% angereichert. Der JCPOA erlaubt lediglich eine Anreicherung von maximal 3,6 %.

Vom militärischen Standpunkt aus gesehen besitzt der Iran jetzt schon eine Menge von HEU (hochangereichertes Uran), die mit relativ geringem technischen Aufwand waffenfähig gemacht werden kann und für 10 bis 20 Atombomben reichen würde, je nach dem, wie gut man den Zündmechanismus beherrscht. Und er ist immer besser dazu in der Lage, zügig nachzuproduzieren. Das ist ein Albtraum für den Nahen Osten und den Rest der Welt. Denn diese Lage steuert direkt auf den nächsten Krieg zu, ganz gleich wie die konkreten Anlässe aussehen werden.

Erinnert sei daran, dass der JCPOA eine breakout time genannte Frist von 12 Monaten garantieren sollte, die der Iran benötigen würde, um genug Uran für eine (!) Bombe anzureichern. Sieben Jahre nach seinem Inkrafttreten muss dem Abkommen ein komplettes Scheitern bescheinigt werden. Erinnert sei auch an seine maßgeblichen Akteure, die sich damals als Meister der Friedensdiplomatie feiern ließen: die Außenpolitiker\*innen Mohammad Javad Zarif (Iran), John Kerry (USA), Federica Mogherini (EU), Sergei Lawrow (Russland) und Frank-Walter Steinmeier (Deutschland). Noch vor ihnen rangiert Ex-Präsident Barack Obama, der mit diesem Abkommen seine zweite Amtszeit krönen wollte. Fragt jemand nach der Verantwortlichkeit dieser hochgeehrten Personen? Never! Für eine Schuldzuweisung gibt es praktischerweise Donald Trump, der mit seiner Kündigung des Abkommens 2018 den Schaden ganz alleine ange richtet habe.

Besonders erfolgreich drückt sich die deutsche Wirtschaft und Politik um ihre Verantwortung für die entstandene Situation - und das nun schon seit zwei Jahrzehnten. Denn ohne deutsche Produkte, beispielsweise aus den Bereichen Stahl, Maschinenbau, Elektronik, Informationstechnologie, wäre der Iran mit seinem Atomprogramm nicht weit gekommen. Bereits Schah Reza Pahlavi, 1979 durch die islamische Revolution gestürzt, wählte die (West-)Deutschen als privilegierte Partner für sein Atomprogramm und beauftragte Siemens, das Atomkraftwerk Buschehr zu bauen. Dann übergab die Islamische Republik die Projektleitung an die russische Rosatom, doch der Münchner Konzern kappte seine Verbindungen nicht.

Anfang des neuen Jahrtausends wurde plötzlich bekannt, dass der Iran heimlich eine Urananreicherungsanlage in Natanz errichtet hatte. Woher waren eigentlich die Zentrifugen gekommen, die in Natanz installiert waren? Angeblich waren es Nachbauten pakistanischer Nachbauten derjenigen Zentrifugen, die das deutsch-niederländisch-britische Unternehmen Urenco betreibt, beispielsweise in Almelo und Gronau. Hierzu schrieb die Süddeutsche Zeitung

vom 19. Mai 2010 treffend: »Das Design ist deutsch«<sup>2</sup>.

Statt bereits die ersten Ansätze des Teheraner Atomprogramms entscheiden zu bekämpfen, eilte der damalige Außenminister Joseph Fischer (Bündnis90/Die Grünen) dem Iran zur Hilfe und bot sich als Vermittler an. Er stellte eine deutsch-iranische nukleare Zusammenarbeit in Aussicht, wenn der Iran auf Anreicherung verzichtete. Mit einigen Unterbrechungen folgte ein zwölfjähriger Verhandlungsprozess, der schließlich in den JCPOA mündete. In dieser Zeit nahm der Iran das AKW Buschehr in Betrieb; er bestückte die Urananreicherungsanlage Natanz mit 17.000 Zentrifugen und nutzte Siemens Software zu deren Steuerung, wie der Computervirus stuxnet offenbarte; er baute eine zweite unterirdische Anreicherungsfabrik in Fordo mit 2.000 Zentrifugen, einen praktisch nur für die Produktion von Waffenplutonium interessanten Reaktor in Arak, eine Schwerwasserfabrik, eine Brennelementefabrik, und er experimentierte in Parchin mit Sprengtechniken, die man zur Zündung einer Atombombe braucht. War Fischer zu blöde, um zu erkennen, was Diktaturen mit Urananreicherung bezwecken? Kannte er die Beispiele Pakistan, Nordkorea, Brasilien unter der Militärdiktatur oder Südafrika unter der Apartheid nicht? Das wäre eine einfache Erklärung, aber die einfachsten Erklärungen müssen nicht die richtigen sein. Fischers Agieren ging auf das strategische Interesse der deutschen Außenpolitik zurück, den Iran als mächtigen Partner im Nahen Osten zu gewinnen. Dabei locken insbesondere die reichen iranischen Gas- und Ölvorkommen. Diese Vorstellungen sind älter als die Bundesrepublik. Es gab sie schon im Pickelhauben-Kolonialismus des deutschen Kaiserreichs, aber sie sind aus den Köpfen der politischen Stiftungen und think tanks nicht wegzukriegen.

Die iranische Politik erwidert solche Offerten gern. Sie schätzt das Label Made in Germany und fühlt sich auch in antisemitischer Hinsicht den Deutschen irgendwie verbunden, zumindest ihrer Geschichte. Diese Beziehung ist peinlich, aber durch betretenes Schweigen wird sie nicht besser, sie muss zurückgewiesen werden. Zum Fremdschämen

gerieten Besuche von Linken-Fraktionschef Gregor Gysi, Rechtspopulist Jürgen Elsässer, Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD), Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth (Grüne), ZDF-Moderator Claus Kleber und anderen in Teheran, wo man sich gegenseitig Freundschaft und Respekt zusicherte.

Weniger Beachtung fand eine Ausnahmeregelung, die 2015 in das JCPOA Vertragswerk eingebaut und darin regelrecht versteckt wurde. Sie besagt, dass Lieferungen für zwei Kaskaden von Zentrifugen in der Anlage Fordo vom Verbot, Nukleartechnik in den Iran zu exportieren, ausgenommen sind. Diese Zentrifugen würden nämlich für »medizinische Zwecke« und Materialforschung betrieben werden. Internationale Firmen dürfen demnach legal Komponenten, Ersatzteile und Dienstleistungen für Fordo liefern. Fassen wir zusammen: Wenn die IR6-Kaskaden in Fordo so gut funktionieren, dass sie zu einer 84-prozentigen Anreicherung in der Lage sind, dann haben ausländische Partner dazu beigetragen. Dabei müssen wir die iranische Vorliebe für Made in Germany stets im Sinn behalten.

Sieht so die Verhinderung einer Nuklearbewaffnung des Teheraner Regimes aus? Eher handelt es sich um Beihilfe. Für Ministerin Annalena Baerbock gäbe es eine Menge Fragen, die auf Antworten warten und eine Menge Gelegenheiten, es besser zu machen als ihre Vorgänger. Davon ist bisher nichts zu erkennen, im Gegenteil. Die feministische Außenpolitik nimmt die iranische Oppositionsbewegung »Frau, Leben, Freiheit« wohlwollend zur Kenntnis, aber dann folgt sie doch lieber den Kollegen Fischer, Steinmeier, Gabriel, Maas.

Baerbock sitzt halt auf Joschkas Schoß, sagen manche Grüne.

1 <https://www.iaea.org/sites/default/files/23/03/gov2023-8.pdf>

2 <https://www.sueddeutsche.de/politik/aus-deutscher-hand-wie-die-gas-zentrifuge-entstand-1.918823>

# Debatten in der deutschen Linken II



# Antisemitismus im Kontext linker und linksradikaler Mobilisierungen: Eindrücke und Analyse

Die Auseinandersetzung um den Al-Qudstag in den letzten Jahren hat gezeigt, dass neben rechtem Antisemitismus vor allem israelbezogener Antisemitismus weltweit zunimmt. Gruppen wie RIAS, das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V., antifaschistische Archive wie das Apabiz und Aida sowie Einzelpersonen wie @schmalle\_pott leisten dazu unverzichtbare Recherchearbeit. Im folgenden Text konzentrieren wir uns auf einen weiteren Kontext: Auch dort, wo wir uns als Antifaschist\*innen, als Klimaaktivist\*innen, Feminist\*innen und Queers bewegen, sind Jüdinnen\*Juden mit Antisemitismus und Ausgrenzung konfrontiert. Wir sind der Meinung, dass eine Broschüre der EAG ein guter Ort ist, um auf konkrete Beispiele von Antisemitismus innerhalb unserer eigenen Zusammenhänge hinzuweisen, die sich so oder so ähnlich in zahllosen Städten und Netzwerken wiederholen.

Von [jewish.resistance.alliance](https://jewish.resistance.alliance)

## Antisemitismus in traditionellen linken Mobilisierungen

Antisemitismus in traditionslinken Mobilisierungen ist nichts Neues, es gibt eine lange Geschichte antisemitischer Positionen in linken Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. In den letzten Jahren zeigen sich antisemitische Mobilisierungselemente auch in sich dezidiert als linksradikal verstehenden Gegenentwürfen zu traditionslinken Angeboten. Immer wieder taucht in den letzten Jahren Antisemitismus in lokalen Bündnissen rund um den 1. Mai auf. 2022 blieb der Block mit dem menschenverachtenden Slogan «Intifada ist unser Klassenkampf» auf der «revolutionären 1.Mai Demo» in Berlin unwidersprochen. Mit dem Slogan «Tag der Arbeiter\*innen. Tag unserer Klasse» rief das 1. Mai Bündnis Frankfurt am Main 2022 zu einer «Revolutionären

Demonstration» auf, deren Verständnis von Kapitalismus als auch von Krieg von antisemitischen Narrativen getränkt war. In Duisburg mobilisierte ein Bündnis antiimperialistischer Gruppen zur «revolutionären Vorabenddemo», zu dem offen antisemitische Gruppen wie «Palästina antikolonial» und «Young Struggle» gehörten. Während die Stimmungsmache gegen Israel derartige Aufrufe dominiert, werden Jüdinnen\*Juden und all jene, die Antisemitismus als Bedrohung ernstnehmen und bekämpfen, in den Aufrufen unbewusst oder bewusst aus der Arbeiter\*innenklasse ausgeschlossen, anstatt sie als Verbündete im Kampf gegen Kapitalismus zu adressieren. Die Realität jüdischer Menschen sowie die Struktur eines kapitalistischen Arbeitsmarkts, dem per se ein Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnis zugrunde liegt, zu dem bei

vielen Jüdinnen\*Juden eine Ebene von antisemitischer Diskriminierung und Mikroaggressionen durch Chefs / Arbeitskolleg\*innen ect. dazukommen, scheint für diese Bündnisse weder zu existieren noch zu interessieren.

## Antisemitismus in der Klimabewegung

«Von Lützi bis nach Gaza – Yallah Intifada!»: Antisemitismus ist Teil der Klimabewegung. Positive Bezüge auf die Intifada und BDS bei Aktionen, Klimastreiks und auf den Social Medikanälen der verschiedenen klimapolitischen Gruppen sind Alltag sind und scheint keinen gemeinsamen gruppenübergreifenden Konsens innerhalb der Klimabewegung zu geben, dies konsequent zu ahnden. Es ist nicht immer klar, inwieweit klimapolitisch aktive Gruppen eine eigene Agenda führen oder ob sie von Bündnispartner:innen überrumpelt

werden, wenn ihre Protestformen als Plattform für Hass auf Israel benutzt werden. Einige Gruppen, wie Fridays for Future Bremen sind eng mit antisemitischen Gruppen wie «Palästina spricht» vernetzt, andere lokale Gruppen dagegen nicht. In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass die BDS-Bewegung ein strategisches Interesse hat, in der Klimabewegung Fuss zu fassen. Auf der offiziellen Webseite der Boykott-Kampagne heißt es etwa: «Palästina ist ein Thema der Klimagerechtigkeit.» Die Klimakrise betreffe Palästinenser\*innen «unverhältnismäßig stark». Israel «vergiftet Leben» im Gazastreifen, indem es für die Verunreinigung des Trinkwassers verantwortlich sei – eine Neufassung vom antisemitischen Topos des «jüdischen Brunnenvergifters». Es stimmt uns froh, dass sich innerhalb der Klimabewegung jüdische Aktivist\*innen zusammengeschlossen haben, die sich gegenseitig unterstützen und eine ernsthafte Diskussion um Antisemitismus einfordern. Wir vermissen in Teilen der Klimabewegung eine differenzierte Kapitalismuskritik. Eine genaue Analyse, inwieweit sich Klimabewegungen einer verkürzter Kapitalismusanalysen bedienen, die in die Nähe von strukturell antisemitischen Erklärungsmustern kippen, steht noch aus.

### Antisemitismus trifft Antifaschismus

Die verschiedenen staatstragend ausgerichteten Formen der Erinnerung an die Reichspogromnacht werden zurecht von jüdischer und linker anti-antisemitischer Seite her kritisiert, wenn sie in erster Linie eine «Wiedergutwerdung der Deutschen» (Eike Geisel) feiern oder sich ausschließlich auf tote Jüdinnen\*Juden beziehen anstatt jüdisches Leben im Hier&Jetzt zu schützen. Der 9. November ist daher zurecht ein wichtiger Tag antifaschistischer Mobilisierung, an dem grundlegende Kritik an bestehender, auf Beschwichtigung ausgerichteten Erinnerungskultur geübt wird. Auch hier versuchen Antisemit\*innen anzudocken und die Erinnerung am 9. November pro-palästinensisch umzudeuten. 2022 kam es zu einer antisemitischen Vereinnahmung durch die neu gegründete Gruppe «Rote Blüte Palästina», die gemeinsam mit «Young

Struggle Berlin» und «Samidoun» den 9. November in Berlin zur ahistorischen Vorlage eines legitimen Kampfs gegen Besatzung und Unterdrückung stilisierte und die historisch singuläre Realität der Verfolgung von Jüdinnen\*Juden im Nationalsozialismus auf die aktuelle Situation im Nahen Osten übertrug. Indem die Mobilisierung mit dem Aufruf abschloss, nach der Kundgebung Stolpersteine zu putzen, versuchte die «Rote Blüte Palästina» ihren Antisemitismus als Teil eines antifaschistischen Kampfes zu framen.

### Antisemitismus in feministischen und queeren Mobilisierungen

Als Feminist\*innen macht es uns traurig, dass wir aktuell kaum produktive Auseinandersetzungen um Antisemitismus in feministischen Bündnissen wahrnehmen können. Es fehlen Versuche, proaktiv jüdische feministische Stimmen in linke feministische und queere Bündnisse einzubinden. Weder in den großen, parteien- und gewerkschaftsnahen noch in linksradikalen Mobilisierungen rund um den 8. März / feministischer Kampftag scheint in den letzten Jahren Antisemitismus ein Thema zu sein. Im Kontext feministischer Bewegung zeigt sich, wie wirkungsmächtig postkoloniale Erzählungen eines vermeintlich «weißen» «Kolonialstaats» Israels sind und wie wenig diese holzschnittartigen Erklärungsmuster, die den gesellschaftlichen Realitäten in der MENA-Region nicht gerecht werden, hinterfragt werden.

Bündnisse wie die «Alliance of internationalist feminist\*s» mobilisieren seit 2019 in Berlin zu Demonstrationen und Aktionen, an denen sich antisemitische Gruppierungen wie «Palästina Spricht» beteiligen, deren antiisraelische Vernichtungsphantasien auf Transparenten, Bannern und in Redebeiträgen unwidersprochen bleiben. Auch in anderen Städten, wie etwa in Frankfurt, schließen die explizit linksradikalen Aufrufe zum 8. März antizionistische Positionen mit ein. Vielerorts findet sich in den Aktionsaufrufen keine explizite antizionistische Positionierung, trotzdem werden Gruppen in Bündnissen und auf den Demos toleriert, die eine antisemitische Agenda verfolgen. Drin-

gend notwendige Diskussionen um die Breite solcher Bündnisse werden nicht geführt. Beispiele Zürich und München: Dort bleiben seit Jahren die Palästinafahnen und Schilder mit dem Konterfei der palästinensischen Terroristin Leyla Chaled unwidersprochen bei den linksradikalen 8. März – Demos. Dass sich Jüdinnen\*Juden auf solchen Demos nicht willkommen, sondern gefährdet fühlen und oftmals deswegen zuhause bleiben müssen, wird von den Bündnissen stillschweigend hingenommen.

Die letzte größere Auseinandersetzung um Antisemitismus in feministischen Zusammenhängen fand 2018 im bundesweiten M8-Netzwerk statt, das sich gegründet hatte, um den 8. März als feministischen Streiktag neu zu beleben. Das Bündnis setzte sich mit seiner Arbeit in Bezug zu den breiten M8-Bewegungen in Spanien und Lateinamerika, an denen sich 2018 in viele spanischen Städten beispielsweise rund 5 Millionen Menschen mit Arbeitsniederlegungen, Streiks und Aktionen beteiligten. Im deutschen Netzwerk versuchten einzelne Städtegruppen gezielt, antizionistische Positionen zu etablieren und Israel als Staat zu delegitimieren. Aus der Gewalt durch palästinensische Terrorist\*innen und den Angriffen auf jüdische Menschen in Israel und weltweit versuchten Teile des Netzwerks, ein «feminist issue» zu machen und luden dezidiert antizionistische Redner\*innen zu den Netzwerktreffen ein. Von den daran anschließenden Debatten, die zu einer notwendigen Benennung von Antisemitismus innerhalb der eigenen Zusammenhänge führten und schlussendlich in einem Zerwürfnis innerhalb des Bündnis mündeten, scheint heute wenig übrig geblieben.

Anders als beispielsweise in den USA, wo 2019 in Washington der D.C. Dyke March das Tragen von Regenbogenfahnen mit Davidstern verbot, treten die großen, CSDs und Pride-Demos der Mainstream-LGBTQ-Organisationen in den (west-)deutschen Großstädten auf den ersten Blick ohne sichtbaren Antisemitismus auf. Dort müssen jüdische Queers und ihre Verbündeten dafür Kommerzialisierung, Polizeiwägen und Appeasement herrschender Geschlechter- und Gesellschaftsverhältnisse er-

tragen. Leider sind einmal mehr die selbsterklärt antikapitalistischen und intersektionalen Gegendemos keine sicheren Orte für Jüdinnen\*Juden.

In Berlin hat das Scheitern einer Auseinandersetzung um Antisemitismus in linksradikalen queeren Zusammenhängen seit 2012 eine Geschichte. Der transgeniale CSD, der mehrere Jahre in Kreuzberg stattfand, wurde von BDS-Unterstützer\*innen gekapert. 2016 spaltete die Rede eines queeren Wagenplatzes den X\*CSD 2016, als sich die Gruppe positiv auf die Intifada bezog und damit den Mord an jüdischen Zivilist\*innen legitimierte. Während viele Medien, aber vor allem die queere, linke Szene zu den antisemitischen Vorfällen schwieg, berichtete die queer-jüdische Gruppe «Latkes» auf ihrem Blog ausführlich darüber, was es heißt, als queere Jüd\*innen aufgrund von Antisemitismus aus der queeren Linken ausgeschlossen zu werden. Während etwa das Magazin «Siegessäule» bedauerte, dass der alternative CSD in den Folgejahren ausblieb, erwähnten die Autor\*innen mit keinem Wort den dortigen Antisemitismus. Die Kritik und Analyse von jüdischen Queers wie «Latkes» wurde von allen Seiten ignoriert und somit der Ausschluss aus der linken, queeren Szene wiederholt.

2019 gab es zuletzt Bemühungen, eine unkommerzielle, linksradikale und intersektionale CSD-Alternative zu organisieren. Bereits im Vorlauf der Demo kam es bei der Diskussion um den Umgang mit BDS zu Konflikten. Nachdem sich die Veranstalter\*innen gegen eine entsprechende Teilnahme aussprachen, kam es zu einem Shitstorm von BDS-Anhänger\*innen. Als Kompromiss wurden jegliche Nationalflaggen untersagt. Trotzdem tauchte am Tag ein geschlossener Block mit BDS-Anhänger\*innen, Palästinaflaggen und antisemitischen Transparenten und Parolen auf. Bei der «Internationalist Queer Pride for Liberation» in Berlin, die 2021 rund 300 Teilnehmer\*innen mobilisierte, setzten die Organisator\*innen, zu denen BDS Berlin, «Berlin Against Pinkwashing», «Palästina Spricht», der «Jüdische antifaschistische Bund» und «Migrantifa Berlin» gehören, deutliche antisemitische Schwerpunkte, um in Aufruf und

Demo den Boykott Israels zu propagieren und Israel das Existenzrecht abzusprechen. Linke Jüdinnen\*Juden, die für einen positiven Bezug auf den jüdischen Staat stehen, waren auf der Demo nicht willkommen, Journalist\*innen wurden als «Zionistenpresse» beschimpft und körperlich bedroht. Auch hier zeigt sich: Solange anti-israelische Aktivist\*innen Prides kapern, sind diese kein sicherer Ort für Jüdinnen\*Juden und ihre Liebsten.

### Fazit

Unser Blick auf ausgewählte Mobilisierungen der letzten Jahre macht deutlich, welche Strategien eine spektralenübergreifende Anti-Israel-Bewegung einsetzt. Auch wenn antizionistische Gruppen antikapitalistische, feministische und/oder queere Themen an sich reißen und behaupten, auf diesen Themen zu mobilisieren, zeigt sich in ihrem Auftreten, dass es ihnen in erster Linie eben nicht um die wichtigen Anliegen von Arbeiter\*innen, Frauen und Queers geht und auch nicht um eine radikale Kritik bestehender Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse. An erster Stelle steht der Hass auf den einzigen jüdischen Staat der Welt und der Hass auf Jüdinnen\*Juden. Auch in linken und linksradikalen Mobilisierungen wird analog zur Mehrheitsgesellschaft zu wenig gegen Antisemitismus eingeschritten, es fehlen ernstgemeinte Versuche, für ein Umfeld zu sorgen, in dem diverse jüdische Stimmen Platz finden und sich Jüdinnen\*Juden sicher und mit Wertschätzung beteiligen können. Es darf nicht sein, dass die einzigen Jüdinnen\*Juden, denen in linken Zusammenhängen zugehört wird, diejenigen sind, die am vehementesten den israelbezogenen Antisemitismus der deutschen Mehrheitsgesellschaft bestätigen. Linke, linksradikale und queere Zusammenhänge brauchen dringend eine gemeinsame Diskussion darüber, mit welchem analytischen Werkzeug sich Antisemitismus erfassen lässt und welche Konsequenzen gezogen werden müssen. Wir wünschen uns, dass endlich Schluss mit dem «Burgfrieden» in unseren eigenen Zusammenhängen ist, in denen Antisemit\*innen toleriert werden und sich niemand verant-

wortlich fühlt, zu intervenieren, wenn Einzelpersonen oder Gruppen unsere Veranstaltungen, Demos und Aktionen kapern, um ihre Anti-Israelagenda zu verbreiten. Es braucht klare Botschaften an antisemitische Gruppierungen, dass sie in unseren Mobilisierungen und Zusammenhängen nicht geduldet sind. Gruppen und Bündnisse, die sich einer Auseinandersetzung mit Antisemitismus verweigern, sind nicht unsere Genoss\*innen.

### Quellen:

RIAS Bundesverband  
<https://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-charters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus>  
<https://www.belltower.news/bds-csd-auch-antisemitinnen-feiern-pride-119127/>  
<https://www.nbcnews.com/think/opinion/d-c-dyke-march-barred-jewish-pride-flag-lgbtq-space-ncna1015786>  
<https://latkesberlin.wordpress.com/2018/06/17/wegen-antisemitismus-gibt-es-in-berlin-keinen-alternativen-csd-mehr-und-niemand-spricht-darueber/>  
<https://latkesberlin.files.wordpress.com/2018/06/analyse-der-rede-des-wagenplatz-kanal.pdf>  
<https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wenn-wir-streiken-steht-die-welt-still/>

**Die jewish.resistance.alliance ist eine Gruppe jüdischer und zionistischer Aktivist\*innen und ihrer Verbündeten, die aus unterschiedlichen Perspektiven beobachten, dass Jüd\*innen gerade in vermeintlich progressiven Kontexten starkem Antisemitismus ausgesetzt sind.**

# Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen.

Die linken Szenen Berlins lassen die raumnehmende Machtpolitik des antiisraelischen Aktivismus größtenteils gedanken- und wortlos über sich ergehen.

Von Mathias Wörsching

## Link(sradikal)e Demos als Lemmingkolonne

Ob Hanau-Gedenken, Frauenkampftag oder »revolutionärer« Erster Mai – seit Jahren bieten die großen Demos der Berliner radikalen Linken das gleiche Bild: Vorneweg marschieren Blöcke von mehreren 100 Leuten mit palästinensischen Nationalfahnen und den entsprechenden antiisraelisch-antisemitischen Parolen. Mit dabei: Sich selbst als antirassistisch und antikolonial verstehende Gruppen wie Migrantifa und »Palästina spricht«, ein paar jüdische Linksradikale und »rote« Neo-K-Gruppen, die naht- und kritiklos an die düstersten Kapitel der unaufgearbeiteten linken Verbrechens- und Leidensgeschichte anknüpfen.

Widerspruch gegen die thematische Entführung und pro-palästinensische Instrumentalisierung link(sradikal)er Demos regt sich kaum. Hengameh Yaghoobifarahs feministischer, antisemitismuskritischer Einspruch zum Frauenkampftag 2022 blieb Ausnahme.<sup>1</sup> Dabei sehen viele Linke (darunter auch viele mit iranischem und/oder kurdischem Hintergrund) die antiisraelisch-antisemitische Tendenz durchaus mit Unbehagen.

Die Gründe für das Schweigen dürften vielfältig sein: Konfliktscheu, Ermüdung durch langjährige, teils verletzend geführte Anti-D-Antiimp-Debatten, Angst vor Rassismuskritik (schließlich müsste sich in diesem Fall die Kritik teilweise an Leute richten, die von Ras-

simismus in Deutschland betroffen sind). Egal aus welchen Gründen – ein Teil der radikalen Linken läuft dumpf der palästinensischen Nationalfahne hinterher, ein anderer Teil verabschiedet sich innerlich und politisch vom Demo-Aktivismus oder gleich ganz von der radikalen Linken.

## Antiisraelische Vernichtungsfantasien...

Was sich hier bei link(sradikal)en Demos als »Palästina-Solidarität« inszeniert, ist kein Einsatz für einen dauerhaften Frieden oder für die Menschenrechte aller Bevölkerungsgruppen in der nahöstlichen Konfliktregion. Es ist Hass-, Kriegs- und Vernichtungspropaganda gegen den jüdischen Staat Israel.<sup>2</sup> Propagiert wird der Endsieg über Israel im Sinne einer »Einstaatenlösung Palästina«. Was dann aus den jüdischen Israelis werden soll? Die Antwort auf diese Frage liegt in den Totschlagparolen, die auf propalästinensischen Demos immer wieder unwidersprochen skandiert werden. Die antiisraelische »Boycott, Divestment, Sanctions (BDS)«-Bewegung<sup>3</sup> stellt klar, dass in ihren Augen alle jüdischen Israelis im Zweifelsfall Besatzer\*innen und koloniale Siedler\*innen sind und also weichen sollen, wenn Palästinenser\*innen ihre Häuser und Grundstücke beanspruchen.<sup>4</sup> Aus der linken »Palästina-Solidarität« ist zu hören, dass im angestrebten Großpalästina durchaus auch jüdische Leute leben dürften. Wer daran zweifelt und auf die jahrzehntelang gewachsene Feind-

schaft zwischen der jüdischen und der arabischen Bevölkerung, auf vorhandenen massiven Antisemitismus usw. hinweist, dem\*der wird mitunter »antipalästinensischer Rassismus« unterstellt. Ob eingestanden oder nicht, ob kaltblütig in Kauf genommen oder mit Wunschenken weggewischt: Die antiisraelischen Vernichtungsfantasien richten sich in jedem Fall gegen die jüdisch-israelische Bevölkerung. Diese wäre in einem Großpalästina höchstwahrscheinlich von massenhafter Verfolgung und Vertreibung betroffen.

Aber egal was nationalistische und islamistische Palästinenser\*innen oder deren Unterstützer\*innen auch machen – die antiisraelischen Vernichtungsfantasien haben keine Chance auf Realisierung. Seit über 150 Jahren gibt es eine neue jüdische Siedlung auf dem Gebiet des heutigen Israel. Der Staat Israel besteht seit 75 Jahren. Mittlerweile leben jüdische Israelis in sechster, siebenter Generation dort.

Israel ist wirtschaftlich und militärisch stark. Es unterhält normale Beziehungen zu sehr vielen Ländern auf der Welt, mittlerweile auch zu einigen arabischen Ländern.<sup>5</sup> Sehr viele von Antisemitismus betroffene Menschen weltweit unterstützen die Existenz Israels, u.a. weil sie in diesem Staat ihren Schutzraum und ihre Schutzmacht sehen, also eine Art Lebensversicherung.

Israel wird also keinesfalls verschwinden. Forderungen nach seiner Vernichtung zu unterstützen, ist nicht nur un-



realistisch, sondern auch ein aktiver Beitrag zur Verlängerung des Nahostkonflikts. Verlängert werden somit auch die schlechten Lebensbedingungen für die meisten Menschen in den palästinensischen Gebieten. Statt nationalistische und islamistische Positionen auf palästinensischer Seite zu stärken, sollten Linke die marginalisierten Kräfte auf beiden Seiten unterstützen, die sich für Versöhnung und eine Friedenslösung einsetzen.<sup>6</sup> Diese Kräfte werden auf israelischer Seite von der politischen Rechten angefeindet und auf palästinensischer Seite teilweise unterdrückt und verfolgt.<sup>7</sup>

### ... als Irrweg des Antirassismus

Die Vernichtungsfantasien gegen Israel folgen logisch aus einer bestimmten Form von Antirassismus, Antikolonialismus und Antiimperialismus, die in Israel ein von Grund auf rassistisches Gebilde, einen »Siedlerkolonialismus« sieht. In dieser Sichtweise werden wichtige jüdische Perspektiven, jüdische Geschichte und die Geschichte des Antisemitismus systematisch ausgeblendet. Floris Biskamp hat zu diesen blinden Flecken, aber auch zu Leerstellen der Antisemitismuskritik viel Kluges geschrieben.<sup>8</sup>

Mit der Scheuklappen-Auffassung von Israel als »Siedlerkolonialismus« argumentativ verbunden ist die Geschichtslüge, bei der Staatsgründung Israels im

1 <https://taz.de/Antisemitismus-beim-Frauenkampftag/!5836637/>

2 Beispiel und Überblick: [https://www.jfda.de/post/israelfeindliche-demonstrationen-22\\_23\\_berlin](https://www.jfda.de/post/israelfeindliche-demonstrationen-22_23_berlin) ; <https://www.jfda.de/post/israelfeindliche-gruppen-und-antisemitische-parolen>

3 Zu BDS: [https://floribiskamp.com/wp-content/uploads/2019/07/Floris-Biskamp-Mit-Boykotteur\\_innen-umgehen-Ein-Leitfaden-zum-Umgang-mit-der-israelfeindlichen-BDS-Kampagne.pdf](https://floribiskamp.com/wp-content/uploads/2019/07/Floris-Biskamp-Mit-Boykotteur_innen-umgehen-Ein-Leitfaden-zum-Umgang-mit-der-israelfeindlichen-BDS-Kampagne.pdf)

4 <https://bdsmovement.net/A-Palestinian-Civil-Society-Critique-JDA> (Abschnitt C)

5 <https://www.dw.com/de/arabische-l%C3%A4nder-und-israel-zwischen-ann%C3%A4herung-und-anfeindung/a-61995135>

6 Etwa die zivilgesellschaftliche Initiative »Parents' Circle – Families Forum« (PCFF, <https://www.theparents-circle.org/en/pcff-home-page-en/>), die von der Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) 2022 mit einer Veranstaltung unterstützt wurde (<https://berlin.vvn-bda.de/reconciliation/>)

7 Ein Beispiel: <https://www.timesofisrael.com/after-call-with-israelis-gaza-activist-tortured-by-hamas-forced-to-divorce/>

8 <https://www.budrich-journals.de/index.php/peripherie/article/download/36624/31241>

9 Differenzierung und Richtigstellung hier: <https://www.deutsch-israelische-gesellschaft.de/download/rueckkehrrecht/?wpdmdl=2525&refresh=642170c907ec31679913161>

10 Vergleiche [https://de.wikipedia.org/wiki/Apartheid\\_\(Recht\)#Israel/Pal%C3%A4stina](https://de.wikipedia.org/wiki/Apartheid_(Recht)#Israel/Pal%C3%A4stina) und den Text »Wir fordern das Wort ‚Apartheid‘ zurück!« von N. Nkosi (<https://www.linksnet.de/artikel/46949>).

jüdisch-arabischen Krieg von 1948 hätte es eine gezielte ethnische Säuberung gegen die arabisch-palästinensische Bevölkerung gegeben und den etwa 700.000 damals Geflohenen und Vertriebenen sowie ihren Millionen Nachkommen stehe ein individuelles »Rückkehrrecht« gegen Israel zu.<sup>9</sup> Ebenfalls in diese Schublade gehört der Vorwurf, dass Israel ein Apartheidstaat sei, was einerseits eine Dämonisierung Israels, aber andererseits auch eine Verharmlosung des rassistischen Apartheidsystems in Südafrika (ca. 1905-1994) darstellt.<sup>10</sup>

**Mathias Wörsching, engagiert sich in der Berliner VVN-BdA und solidarisiert sich mit der aktuellen israelischen Demokratiebewegung und dem säkularen, linken Zionismus.**

**Eine längere Textversion findet sich auf der Webseite: [eag-berlin.tem.li](http://eag-berlin.tem.li)**

## Euer Ernst, Mensch Meier?

Als neulich eine Person zu einem Rave in den linken Klub »Mensch Meier« im Prenzlauer Berg gehen wollte, wurde er an der Tür aufgefordert, einen Antifa-Aufnäher, der eine Israel-Fahne enthielt, mit Tape zu überkleben. Der Klub sein »kein Ort für politische Auseinandersetzungen« und man wolle vorbeugen, falls jemand ein Problem mit der Fahne hätte. Und überhaupt »Wir mögen hier keine Nationalstaaten.«. Wir wissen nicht, wie die allgemeine Tape-Politik im Mensch Meier ist. Ob viel geklebt wird oder wenig. Ob auch andere politische Aufnäher abgeklebt werden

müssen, um politischen Auseinandersetzungen vorzubeugen, und ob auch die Fahne, sagen wir, Äthiopiens oder Kubas verdeckt werden muss. Wir wagen es zu bezweifeln. Es ist leider nicht das erste Mal, dass das Mensch Meier den Eindruck erweckt, als würden hier Feinde Israels und Antisemit\*innen hofiert. Am 23.02.2019 wurde hier im Rahmen einer Party des Arab\* Underground die Dokumentation »Palestine Underground« gezeigt, und zwei Protagonist\*innen der Doku traten anschließend auf. Der Ankün-

### Kurzstatement der EAG zur antizionistischen Türpolitik des »Mensch Meier«, Juni 2022

digungstext der Doku erklärte Haifa zu einer Stadt im »State of Palestine«, die DJs unterstrichen ihre Antiisraelische Haltung mehrfach in Sozialen Medien. Auf geäußerte Kritik anderer linker Kollektive reagierte der Klub ausweichend. Nun habt ihr erneut einen guten Anlass für eine Positionierung. Schön, dass in eurer Selbstdarstellung Antirassismus und Feminismus als politische Eckpfeiler stehen. Noch wünschenswerter wäre es, wenn auch der Kampf gegen Antisemitismus ein solcher werden würde.

# Stellungnahme zum Hijacking-Versuch des 9. November-Gedenkens 2022 durch linke Antizionist\*innen

Jedes Jahr zum Jahrestag der Novemberpogrome vom 9. November 1938 treffen sich in Berlin-Moabit mehrere Hundert Antifaschist\*innen sowie Überlebende, um gemeinsam der Opfer der Nationalsozialist\*innen zu gedenken. Mit einer anschließenden Demonstration soll der Notwendigkeit von Antifaschismus, Anti-Antisemitismus und Antirassismus aktiv Nachdruck verliehen werden. Da aus der Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen eine besondere Berücksichtigung des Antisemitismus und Nationalismus als ideologische Motive des Holocaust entspringt, ist dem linken Bündnis zum 9. November eine dezidierte Kritik der nationalen Erinnerungspraxis als Wiedergutwerdung der Deutschen und eine Tendenz zur Parteinahme für Israel eigen.

Diese Positionierung für den Schutzstaat für Verfolgte des Antisemitismus rief dieses Jahr auch linke Antizionist\*innen auf den Plan.

Von Emanzipative & Antifaschistische Gruppe

Dass nun auch das Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung selbst ins Visier genommen bzw. als antizionistisches Aktionsfeld gewählt wird, ist unseres Erachtens nach die vorläufige Frucht eines enorm in die akademische und kulturbetriebliche Breite gegangenen Antisemitismus (mehr dazu im Artikel: Antisemitismus im deutschen Kunst- und Kulturbetrieb in dieser Publikation) und des Dauerbeschusses durch multidirektionale Angriffe auf den hart errungenen Erkenntnisfortschritt über das Wesen des nationalsozialistischen Judenmords.

Der kleine inszenierte Protest gegen das Gedenken verlief mustergültig: man kündigte sich kurz vorher als jüdischer Block zur Kundgebung über Social Media an, ohne im Vorfeld den Kontakt zu den Veranstalter\*innen zu suchen, stellte sich während der Gedenkkundgebung mit Bannern und Schildern, deren israelfeindliche Inhalte nicht offenkundig, aber für Informierte zu entziffern waren,

etwas Abseits und wartete auf den Eklat. Man hatte sich wohl ein dynamisches, an die aktuelle Situation angepasstes Eskalationskonzept überlegt, denn die offenkundigeren Plakate blieben zunächst im Rucksack. Als eine Eskalation ausblieb und dem Block vonseiten der Organisator\*innen unter der Bedingung des Verzichts auf Parolen und Plakate, die dem Bündniskonsens widersprechen, angeboten wurde, an der Gedenkveranstaltung teilzunehmen, setzte man auf die mediale Wirkung des Hijackingversuchs - wenn nicht die Schlagzeilen ohnehin einkalkuliert waren, schließlich hatte man der eigens mitgebrachten Presse schon während der Kundgebung fleißig Interviews gegeben. Man echauffierte sich zutiefst darüber, dass man als Jüdinnen\*Juden in letzter Reihe laufen sollte und inszenierte sich als unschuldige Opfer von »Antideutschen«.

Der Skandalisierung des (Nicht-)Geschehenen kam die Aufmerksamkeit-ökonomie der Sozialen Medien zugute.

Während sich der Auswertungsbericht der Antizionist\*innen international verbreitete und eine beachtliche Reichweite erreichte, war das Bündnis mit der Nachbereitung der eigenen Veranstaltung vollends ausgelastet und auch aufgrund seiner Größe und seiner Entscheidungsstrukturen nicht in der Lage angemessen und zeitnah auf die Diffamierungen zu reagieren. Eine Woche später erschien dann ein tendenziöser Artikel auf ZEIT ONLINE, in dem Emily Dische-Becker, die auch die Hijacking-Memory-Konferenz ausrichtete (mehr dazu im Artikel: Kritikresistent: Das Zentrum für Antisemitismusforschung in Berlin in dieser Publikation) und der umtriebige antizionistische Aktivist Yossi Bartal unter dem Titel »'Das sind Israelhasser', sagt der Deutsche« in gespielter Arglosigkeit das Narrativ der linken, progressiven Jüdinnen\*Juden gegen die konservative jüdische Mehrheit und »Antideutsche« für ihre Geschichtspolitik bedienten. Diese besteht im Kern darin, die Präzedenzlosigkeit des Holocaust

durch Relativierung oder Diffamierung als rechts aus dem kollektiven Gedächtnis zu verdrängen.

Mit dem Ziel, damit das Hindernis aus dem Weg zu räumen, das es derzeit einer antisemitischen »Israelkritik« noch schwermacht. Und dazu ist in der jüngeren Vergangenheit einiges geschafft worden: Das größte Verdienst dürfte wohl dem Multidirektionalitätsparadigma zu kommen, das eine erinnerungskulturelle Wende anstrebt und schon jetzt zu einer erfolgreichen Chiffre geworden ist, die für die Entspezifizierung der Shoa und des Antisemitismus steht. Hinzu kommen die seit einigen Jahren erfolgreichen Hijackings von Gedenkveranstaltungen (z.B. Hanau-Gedenken) durch die israelfeindliche Palästina-Solidaritäts-Bewegung; die ebenso wie die linksradikale 1. Mai-Demo inzwischen restlos zur Plattform für israelfeindlich ausgerichtete pro-palästinensische Propaganda solcher Gruppen wie Migrantifa, Roter Blüte Palästina oder Palästina spricht verkommenen ist (und die vom Jewish-Bund und Bartal ausdrücklich belobigt worden ist). Eine Demonstration, auf der teils dieselben Parolen zur Auslöschung Israels gerufen wurden wie auf den fast zeitgleich ebenfalls in Neukölln abgehaltenen Demonstrationen

islamisch-nationalistischer Milieus, auf denen der islamische Antisemitismus in seiner ganzen vernichtungsantisemitischen Gewaltretorik zutage trat. Dass es bei Rhetorik nicht bleibt, wenn es die Möglichkeiten zulassen, zeigt das iranische Regime, das auf seinem Weg zur der Israel geltenden Atombombe inzwischen bei einem Anreicherungsgrad von über 60% angekommen ist.

Dieser linke Antizionismus, der sich vom islamischen Vernichtungsantisemitismus nicht nur nicht abgrenzt, sondern gefährliche Überschneidungen billigt, hat mit Yossi Bartal, Emily Dische-Becker und co. einige sehr aktive jüdische Verteidiger\*innen, die diesen ganz explizit durch Verweis auf ihr Jüdischsein salonfähig zu machen versuchen. Sie sind gut vernetzt, suchen regelmäßig die Öffentlichkeit und haben eine weitreichende Social-Media-Aktivität und zustimmendes Echo in der linksliberalen Presse. Neuerdings sind sie an der jüngst gegründeten Jewish Diaspora Alliance beteiligt, die nach eigenem Bekunden Antisemitismus bekämpfen möchte, aber insbesondere diejenigen vereint, deren offenkundiges Ziel es ist, antizionistische Ressentiments und Feindschaft gegen Israel vom Makel des Antisemitismusvorwurfs zu reinigen.

Am 9. November versuchten sie die Moabiter Gedenkkundgebung mit chiffrierten israelfeindlichen Inhalten zu stören, während man in Berlin-Neukölln den Jahrestag der Novemberpogrome unter dem Motto »Von Berlin bis nach Palästina: Hoch die internationale Solidarität« loszuwerden versuchte. Am Alexanderplatz war das verschwörungsideologische »Freie Geister Kollektiv« zeitgleich auf seine Weise darum bemüht, die Erinnerung an die Reichspogromnacht zu überschreiben und den Tag wieder zu einem des deutschen Volkes zu machen. Die antifaschistische Demonstration durch Moabit, die von der ehemaligen Synagoge zum Deportationsmahnmal an der Levetzowstraße verlief, wurde, wie jedes Jahr, durch antisemitische Vorfälle - israelfeindliche Bezugnahmen auf den Nahostkonflikt, Drohungen und Beleidigungen, wie »Scheiß Juden« und »Der Adolf soll euch holen« - begleitet.

Aus diesen Gründen bleibt für uns notwendig und zu sagen: auf der 9. November-Kundgebung gibt es einen nicht verhandelbaren Konsens:

**Gegen jeden Antisemitismus - auch den israelbezogenen!**

## Israelfeindschaft im Ferien-Kommunismus

Vor sechs Jahren fiel unser Protest gegen den antisemitischen AlQuds-Marsch auf das selbe Wochenende wie die Fusion. Die Befürchtung, dass große Teile der linksradikalen Berliner Szene lieber ferienkommunistisch feiern würden, statt sich den Israelhasser\*innen in den Weg zu stellen, animierte uns zu diesem Banner.

In diesem Jahr haben alle Beteiligten Glück. Wir, weil der AlQuds-Marsch ausfiel. Unsere Mitstreiter\*innen, weil die Feierei nicht ausfallen musste und Berliner

Antizionist\*innen auch, weil sie sich nicht zwischen Fusion und AlQuds-Marsch entscheiden mussten. Der Antizionismus wird bei der Fusion frei Haus mitgeliefert.

Bei einem Veranstaltungspanel stellt sich z.B. die Gruppe »Palästina spricht« vor.

Die Gruppe war im Mai für antizionistische Demonstrationen verantwortlich, bei denen Journalist\*innen antisemitisch beleidigt und bedroht wurden. Sie verbreitet antisemitische Narrative wie das vom »Apartheidstaat Israel«.

### Kurzstatement der EAG zur wiederholten Einladung antizionistischer Gruppen auf das Fusion-Festival, Juli 2022

Dass solche Veranstaltungen bei einem Festival wie der Fusion stattfinden können ist symptomatisch für den aktuellen Zustand der Linken. Mehrfach in den letzten Jahren fanden ähnliche Panels statt. Dass stattdessen vom Fusion-Team Versuche geblockt wurden, über die NS-Geschichte ihres Geländes als ehemaliges KZ-Außen-gelände aufzuklären, zeichnet ein ungutes Gesamtbild. [Ergänzung 2023: Es gab in den letzten Jahren wohl kritische Aufarbeitungen zur Gelände-Geschichte.]

The image is a monochromatic blue-toned illustration. In the foreground, a woman's face is depicted with a wide-eyed, open-mouthed expression of shock or fear. Her hair is dark and styled in a bob with bangs. The background features a large, stylized 'X' shape formed by thick, dark blue lines, set against a lighter blue, textured wash. The overall style is reminiscent of a hand-drawn sketch or a watercolor illustration.

# Entwick- lungen in Israel

# Rechtsruck in Israel

**Jerusalem. Blau-weiße Meere aus israelischen Nationalflaggen bestimmen das Bild der Massenproteste, bei denen Menschen in allen Teilen Israels, seit Wochen, zu Zehntausenden – manchmal sogar zu Hunderttausenden, gegen die geplante Justizreform der, seit Jahreswende amtierenden, Rechts-Regierung des Landes demonstrieren.**

Von Marc Neugröschel

Die Protestler\*innen sehen sich, zu großen Teilen, als israelische Patriot\*innen, die den demokratischen Gründungsethos des jüdischen Staates gegen Angriffe der neuen, rechtsradikalen Regierungskoalition zu verteidigen versuchen.

Zu ihnen gehören zum Beispiel auch 200 Kampfpilot\*innen aus Eliteeinheiten der israelischen Armee, die ankündigten, den Dienst zu verweigern, solange die Justizreform nicht gestoppt wird. Bei einer Protestaktion im März haben Aktivist\*innen eine überdimensionale Replikation der Unabhängigkeitserklärung, die Israels erster Ministerpräsident, David Ben Gurion, bei der Staatsgründung im Frühjahr 1948 verlas, an den Mauern der Jerusalemer Altstadt befestigt.

In der heißt es unter anderem, der Staat Israel werde »all seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht, soziale und politische Gleichberechtigung verbürgen. Er wird Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Sprache, Erziehung und Kultur gewährleisten«. Diese Grundsätze sieht die Protestbewegung durch die neue Regierung gefährdet. Dieser gehören neben der einst moderat-rechten Likud-Partei von Regierungschef Benjamin Netanyahu auch ultra-religiöse, ultra-nationalistische, rassistische und homophobe Kräfte an. So zum Beispiel die national-religiöse Partei von Finanzminister Bezael Smotrich, der Anfang März in einem Interview mit dem israelischen Journalisten Matan Hodrov, bei einer Konferenz der israelischen Wirtschaftszeitung »The Marker« erklärte, dass das arabische Dorf Huwara,

im Norden der Westbank, »ausgelöscht« werden müsse. Tage zuvor wurden dort zwei jüdische Israelis bei einem Terroranschlag durch einen palästinensischen Terroristen ermordet. Im Anschluss daran wurde das arabische Dorf in einem Racheakt vandalischer jüdischer Siedler verwüstet. Häuser und Gebäude wurden angezündet. Ein Palästinenser wurde getötet. Smotrich likte einen Tweet in dem es hieß, »Huwara muss heute ausgelöscht werden«. Als der Journalist Hodrov Smotrich fragte, warum er den Tweet likte, antwortete Smotrich: »weil ich denke das Huwara ausgelöscht werden muss«. Knapp drei Wochen später sagte Smotrich bei einer privaten Gedenkveranstaltung für den verstorbenen französisch-israelischen politischen Aktivist Jacques Kupfer in Paris: »So etwas, wie ein palästinensisches Volk, das gibt es nicht«. Dabei stand er hinter einem Rednerpult, das eine Landkarte »Großisraels« zeigte, wonach Jordanien ein Teil des jüdischen Staates wäre. Die israelische Tageszeitung »Yediot Aharonot« veröffentlichte eine Videoaufzeichnung der Rede auf ihrer Internetseite.

Die von der israelischen Regierung geplante Reform der Judikative, gegen welche sich die Proteste richten, zielen darauf ab, die Unabhängigkeit der Justiz aus den Angeln zu heben und Regierungskoalitionen, die sich auf eine einfache parlamentarische Mehrheit stützen können, unbeschränkte Macht einzuräumen. Signifikant ist in diesem Zusammenhang insbesondere das Vorhaben der Regierung, einen sogenannten »Überwindungspara-

graphen« zu verabschieden, der es einer einfachen parlamentarischen Mehrheit ermöglichen würde, Urteile des Obersten Gerichtshofes zu annullieren. Eine weitere Regelung, die im Rahmen der Reform geplant ist, würde vorsehen, dass das israelische Parlament, die Knesset, ebenfalls mit einer einfachen Mehrheit von 61 der 120 Abgeordneten, Gesetze zu Grundgesetzen erklären könnte, die der Oberste Gerichtshof dann von vornherein gar nicht erst anfechten darf. Gleichzeitig soll die Zusammensetzung des Komitees zur Ernennung von Richter\*innen geändert werden, so dass die Regierungskoalition allein bestimmen könnte, wer in Israel Recht sprechen kann.

Sollten diese und die anderen vorgesehenen Regelungen des Reformpaketes rechtskräftig werden, könnte die Knesset zum Beispiel Gesetze beschließen, die zur Diskriminierung von Frauen, Araber\*innen, Homosexuellen, Geflüchteten oder jeglichen Minderheiten beitragen, ohne dass die Justiz dagegen vorgehen könnte. Eine Gefahr die angesichts der Zusammensetzung der derzeitigen Regierung durchaus real ist. Der Koalitionsvertrag zwischen den Regierungsparteien sieht eine Änderung des israelischen Diskriminierungsgesetzes vor, um die Benachteiligung von Minderheiten durch private Unternehmer\*innen, Ladenbesitzer\*innen oder Ärzt\*innen zu legalisieren. Würde die entsprechende Regelung umgesetzt werden, könnten sich Hotelbesitzer\*innen zum Beispiel weigern, homosexuellen Paaren ein Zimmer zu vermieten, bestätigte der Abgeordnete Simcha Rotman

von der Partei »Nationalen Union - Wiedergeburt« im vergangenen Dezember gegenüber dem israelischen Radiosender »Kan B«. Als Vorsitzender des Rechtsausschusses des israelischen Parlaments ist Rotman eine der treibenden Kräfte hinter der geplanten Justizreform.

Seine Fraktionskollegin, Orit Struck, sagte dem gleichen Sender, dass es auch Ärzt\*innen freistehen solle, Behandlungen aus religiösen Gewissensgründen zu verweigern: »Solange es genügend andere Ärzte gibt, die eine Leistung erbringen können, darf man einen Arzt nicht dazu zwingen, eine Behandlung vorzunehmen, die gegen sein religiöses Gewissen verstößt«, so Struck. Im Resultat könnte eine derartige Regelung zum Beispiel darauf hinauslaufen, dass Ärzt\*innen einer nicht-verheirateten Frau, aus religiösen Einwänden heraus, eine Fruchtbarkeitsbehandlung verweigern dürften. Nach derzeit geltendem israelischen Recht wäre eine solche Weigerung strafbar. Im April 2020 wurde eine Druckerei in der südisraelischen Stadt Beer Sheva zu einer Geldstrafe von 50 Tausend Shekel (nach damaligem Währungskurs rund 15 Tausend Euro) verurteilt, weil sie sich weigerte Poster einer LGBT-Organisation zu drucken.

Auch wenn Premierminister Netanyahu die Forderung Strucks zurückwies, sich gegen die Diskriminierung von Minderheiten aussprach und die von Rothman und Struck geforderte Änderung des Anti-Diskriminierungsgesetzes bislang noch nicht beantragt wurde, zeigt diese Debatte, welcher Geist bei einigen Mitgliedern der derzeitigen Regierungskoalition vorherrscht und wohin die Reise gehen könnte, wenn der Justiz die Möglichkeit genommen würde, politische Entscheidungen anzufechten, die die Rechte von Minderheiten oder Oppositionellen verletzen. So war es dem Einspruch der israelischen Generalstaatsanwältin, Gali Baharav-Miara, zu verdanken, dass der Minister für nationale Sicherheit, Itamar Ben Gvir, ebenfalls ein Parteigänger Rotmans und Strucks, daran gehindert wurde, den Tel Aviver Polizeichef, Amichai Eshed, Anfang März des Amtes zu entheben, weil dieser, in den Augen Ben Gvirs, nicht hart genug gegen die Demonstrant\*innen vorgegangen sei, die gegen die Justizreform protestierten.

Die Justizreform, gegen die sich der Pro-

test richtet, wird von einer parlamentarischen Mehrheit getragen, die aus lupenreinen demokratischen Wahlen hervorgegangen ist. Das wird auch von der Protestbewegung und der Opposition nicht angezweifelt. Der Erfolg der Rechten bei den letzten Wahlen spiegelt einen gesellschaftlichen Trend wider. Die israelische Gesellschaft driftet seit vielen Jahren nach rechts. Das hat zum einen etwas damit zu tun, dass viele der – in der israelischen Gesellschaft oft marginalisierten – orientalistischstämmigen Jüd\*innen den linken und liberalen Parteien Repräsentanten der europäischen Eliten sehen, die das Land in seiner Gründungsphase prägten und von denen sie sich benachteiligt fühlen. Für sie ist auch die Justiz eine Bastion der alten europäischen Eliten, die, in den Augen vieler orientalistischer Rechtswähler\*innen, jetzt gegen die Justizreform protestieren, weil sie um ihre Privilegien fürchten. Zum anderen stützt sich die Rechtsregierung auf die Unterstützung ultra-religiöser Parteien, deren Wählerschaft aufgrund des Kinderreichtums orthodoxer Familien stetig wächst. Hinzukommt, dass viele Israelis im Ausbruch der Zweiten Intifada von 2000 ein Scheitern des Osloer Friedensprozesses und damit auch ein Scheitern der politischen Konzepte des linken, um einen Ausgleich mit den Palästinensern bemühten, Friedenslagers sehen. In dieser gesellschaftlichen Atmosphäre hat Benjamin Netanyahu die Delegitimierung linker politischer Kräfte als »Verräter« kräftig befeuert und seine einst konservative Likud-Partei aus der politischen Mitte immer weiter nach rechts manövriert. Doch der Rechtsruck der israelischen Politik entspricht auch einem internationalen Trend. Italien hat mit Giorgia Meloni eine rechtspopulistische bis extrem rechte Premierministerin. In Frankreich bekam die Rechtspopulistin Marine Le Pen im ersten Durchgang der Präsidentschaftswahlen im vergangenen Jahr über 22 Prozent der Wählerstimmen. Mit Donald Trump hatten die USA von 2017 bis 2021 einen rechtspopulistischen Präsidenten, der bis heute eine breite Anhängerschaft bis weit in die Extreme Rechte hinein hat. Polen und Ungarn werden schon lange von antiliberalen Rechtsregierungen geführt. In Österreich ist die rechtsradikale FPÖ auf dem Vormarsch.

Nachdem sie es kürzlich zum Juniorpartner der niederösterreichischen Landesregierung geschafft hat, attestieren ihr jüngste Umfragen auch bundesweit eine Zustimmung von 28 Prozent der österreichischen Wählerschaft. In Israel kam die rechtsradikale, national-religiöse Liste, in der sich die national-religiöse Partei von Finanzminister Bezalel Smotrich und die Partei »Jüdische Kraft« von Sicherheitsminister Itamar Ben-Gvir zusammenschlossen, gerade mal auf 10.8 Prozent der Stimmen. Das ist nur geringfügig mehr als der Stimmenanteil von 10.3 Prozent, den die AfD bei den letzten Bundestagswahlen in Deutschland bekam. Doch während die AfD in Deutschland von den Mainstream-Parteien weitgehend boykottiert wird, machte Israels Premierminister Netanyahu die extrem Rechten um Smotrich und Ben-Gvir zu seinen Koalitionspartnern. Das hat zum einen etwas damit zu tun, dass sich Netanyahus Likud-Partei in den letzten Jahren selbst immer weiter nach Rechts bewegt hat, hat aber auch Gründe, die weniger ideologischer und eher strategischer und opportunistischer Natur sind. Die liberalen und linken israelischen Parteien wollen mit dem wegen Korruption angeklagten Netanyahu nicht zusammenarbeiten, obgleich er der größten Partei vorsteht. Netanyahu ist also auf die Unterstützung der Rechtsradikalen angewiesen, wenn er Premierminister bleiben will. Andererseits könnte ihm die Justizreform, die von der links-liberalen Opposition abgelehnt, von den rechten Parteien befürwortet wird, dabei helfen, den Kopf aus der Schlinge des Korruptionsprozesses zu ziehen, der gegen ihn geführt wird.

Aufgrund des massiven gesellschaftlichen Drucks gibt es mittlerweile auch innerhalb von Netanyahus Likud-Partei Stimmen, die dazu aufrufen, die Justizreform, zumindest temporär, zu stoppen. Wie stark diese Stimmen werden und ob sie tatsächlich dazu beitragen können die Reform aufzuhalten, bleibt abzuwarten. In der Zwischenzeit kämpft die israelische Zivilgesellschaft vorbildlich für den Erhalt der demokratischen Grundwerte ihres Staates und zeigt, wie eine starke außerparlamentarische Opposition funktioniert.

# Zwei Jahre Abraham-Abkommen

Am 15. September 2020 normalisierten die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain und Israel in Washington mit der Unterzeichnung der sogenannten Abraham-Abkommen ihre Beziehungen, wenig später schlossen sich Marokko und der Sudan dem Normalisierungsprozess an. Wann weitere arabische Staaten ihre Beziehungen zu Israel normalisieren, scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein.

Von Florian Markl

Bis zur Unterzeichnung der Abraham-Abkommen gab es mit Ägypten und Jordanien nur zwei arabische Staaten, die mit Israel Frieden geschlossen hatten. Doch auch wenn die beiden Länder offiziell den Kriegszustand mit Israel beendet hatten, entstanden daraus niemals Beziehungen, wie sie zwischen Staaten üblicherweise gepflegt werden. Der Zustand wurde zutreffend als »kalter Friede« bezeichnet: Anerkennung und offizielle Kontakte ja, sogar begrenzte Kooperation (die eher stillschweigend vor sich ging), aber sehr viel mehr auch nicht.

## Vielschichtige Kooperation

Die entstehenden Beziehungen Israels mit den Partnerländern der Abraham-Abkommen sehen entschieden anders aus. Staatsbesuche, bei denen israelischen Politiker\*innen der rote Teppich ausgerollt wird und sie zum Klang der israelischen Hymne willkommen geheißen werden, sind in den Emiraten, in Bahrain und in Marokko keine Seltenheit mehr. Aber die Normalisierung der Beziehungen geht weit über diese offizielle Ebene hinaus. An-

ders als mit Ägypten und Jordanien entsteht hier ein »warmer Friede«, bei dem in so gut wie allen gesellschaftlichen Bereichen zahlreiche neue Verbindungen geknüpft und Kooperationen in die Wege geleitet werden.

Allein einige wirtschaftliche Eckdaten sprechen Bände: Belief sich das Handelsvolumen zwischen Israel und den VAE im ersten Halbjahr 2020, also vor den Abraham-Abkommen, laut dem israelischen statistischen Zentralamt auf rund 51 Millionen Dollar, so betrug das Handelsvolumen (exklusive Dienstleistungen und Tourismus) in den ersten sechs Monaten des Jahres 2021 bereits fast 614 Millionen und im gesamten Jahr 1,2 Milliarden Dollar. Insgesamt wuchs der Handel zwischen Israel und den übrigen Partnerstaaten der Abraham-Abkommen im ersten Halbjahr 2021 im Vergleich zum selben Vorjahreszeitraum um 234 Prozent. Mit einem Ende Mai 2022 zwischen Israel und den VAE geschlossenen Freihandelsabkommen werden 96 Prozent aller davor noch bestehenden Zölle zwischen den beiden Staaten abgeschafft werden. Erwartet wird, dass das Handelsvolumen binnen

der nächsten fünf Jahre auf 10 Milliarden Dollar jährlich steigen wird.

Von großer Wichtigkeit ist ohne Zweifel die zunehmende Kooperation in Sicherheitsfragen: Klarerweise war ein wichtiges Motiv für die Annäherung Israels und der beiden Golfstaaten die Bedrohung durch das iranische Regime. Die USA haben sich aus Sicht der Golfstaaten spätestens seit Präsident Barack Obama als unverlässlicher Partner erwiesen, eine Entwicklung, die sich auch unter Donald Trump und aktuell Joe Biden fortgesetzt hat. Dass die Golfstaaten sich unter diesen Umständen nach einen neuen starken Partner umsahen und dabei auf Israel stießen – die bei Weitem stärkste und technologisch am meisten fortgeschrittene Macht der Region –, war alles andere als überraschend. Insgeheim gab es im sicherheitspolitischen Bereich schon vor den Abraham-Abkommen Kooperationen mit Israel, jetzt wird diese offiziell und in noch größerem Ausmaß fortgeführt. Und auch arabische Länder, die ihre Beziehungen zum jüdischen Staat noch nicht normalisiert haben, nehmen Abschied von bisherigen Tabus: Seit 2021

hat das für den Raum Naher Osten, Ost-Afrika und Zentral-Asien zuständige US Central Command (CENTCOM) die militärische Zusammenarbeit mit Israel übernommen. Bis dahin war diese Aufgabe dem European Command (EU-COM) zugefallen, weil die mit CENTCOM kooperierenden arabischen Staaten eine Zusammenarbeit mit Israel ausgeschlossen hatten. Im neuen Nahen Osten nach den Abraham-Abkommen ist normal geworden, was früher ausgeschlossen war.

### Paradigmenwechsel

Vor allem in Europa wird nach wie vor verkannt, dass die Abraham-Abkommen das Ergebnis eines tiefgreifenden Paradigmenwechsels sind. Jahrzehntlang galt in den arabischen Staaten das Dogma, dass eine Veränderung des Verhältnisses zu Israel erst in Folge einer Beendigung des israelisch-palästinensischen Konflikts geschehen könne. Die Palästinenser\*innen wurden zum Symbol für das Schicksal der arabischen Welt, zur Verkörperung der von allerlei Verschwörungsfantasien getragenen zuerst arabisch-nationalistischen, dann verstärkt islamistischen Ideologien. In ihnen wurde das unschuldige Opfer finsternen Machenschaften der westlich-kolonialistisch-imperialistischen Mächte gesehen, welche die Araber\*innen und/oder Muslim\*innen seit mindestens einem Jahrhundert unterdrücken und ausbeuten würden und als deren Brückenkopf der jüdische Staat gesehen wurde.

Doch über die Jahre hinweg wurde die große Opfererzählung zunehmend brüchig. Die flammenden Bekenntnisse zu den Palästinenser\*innen waren in Wahrheit meist Lippenbekenntnisse, der Bösewicht Israel ein Sündenbock, der für alles verantwortlich gemacht werden konnte, was in der arabischen Welt schief lief. Die Solidarität mit den Palästinenser\*innen wurden gleichermaßen innbrünstig intoniert wie sie durchsichtig hohl waren, kaum mehr als ein Vorwand, dessen sich die Diktatoren und Autokraten bedienten, um ihre eigene Herrschaft zu legitimieren und Kritik an den von ihnen zu verantwortenden Missständen zum Schweigen zu bringen.

Zu einer zunehmenden Ernüchterung haben nicht zuletzt die Palästinenser\*innen beigetragen, deren Führung jede sich bietende Gelegenheit auf Frieden mit Israel zunichtemachte. Diese konsequente Verweigerungshaltung, die im Nein zum Frieden durch Arafat bei den Camp-David-Verhandlungen im Sommer 2000, in dem blutigen Terrorkrieg gegen Israel der folgenden Jahre und im Wahlgewinn der islamistischen Hamas 2006 ihre Höhepunkte fand, trug zur Entfremdung vieler Araber\*innen von den Palästinenser\*innen bei.

Für viele der arabischen Staaten ist das palästinensische Problem im Laufe der Jahre irrelevant geworden, die Palästinenser\*innen wurden zunehmend als Belastung empfunden. Zumal die Lebensrealität eines großen Teils der Bürger der Golfstaaten, die dank ihrer Öl- und Gasvorkommen steinreich geworden sind, mit jener der palästinensischen Bevölkerung herzlich wenig zu tun hat. Die Golfstaaten sind heute hochmoderne Zentren der Weltwirtschaft, in denen die alten Erzählungen vom Westen als Unterdrücker und als bedrohliche Zivilisation – außer für Islamist\*innen – für kaum jemanden noch glaubwürdig sind. Die palästinensische Opfererzählung hat für viele Araber\*innen an Attraktivität, ja an bloßer Nachvollziehbarkeit verloren.

Mit den Abraham-Abkommen haben die arabischen Partnerländer also auch offiziell den Bruch mit jener jahrzehntelang vorherrschenden Erzählung vollzogen. Sie mögen ein Ende des israelisch-palästinensischen Konflikts weiterhin für erstrebenswert halten, aber sie sind nicht mehr willens, sich ihre Zukunft von einem Konflikt verbauen zu lassen, der längst beendet sein könnte, wenn die Palästinenser\*innen Frieden mit Israel geschlossen hätten, statt unablässig am Krieg gegen den jüdischen Staat festzuhalten und damit das eigene Elend zu prolongieren.

### Und Europa?

Während im Nahen Osten tiefgreifende Veränderungen vor sich gehen, tut man in Europa vielfach so, als habe sich in den letzten 70 Jahren nichts geändert.

Den Abraham-Abkommen begegnen viele Europäer mit Unverständnis, weil sie eindrücklich demonstrieren, dass zentrale europäische Annahmen über den Nahen Osten falsch sind – allen voran die obsessive verteidigte Vorstellung, dass Israel der Nabel der Region sei, um den sich alles dreht, und die Palästinenser\*innen Opfer einer israelischen Aggression seien, denen man zur Seite stehen müsse.

Eine kleine Episode verdeutlicht den Graben, der einen wachsenden Teil der arabischen Welt von Europa trennt: »Warum habt ihr uns nicht über die Verhandlungen über die Abraham-Abkommen informiert?«, fragte ein überraschter europäischer Diplomat den Vorsitzenden des Ausschusses für Verteidigungs-, Innen- und Außenpolitik im Nationalrat der Vereinigten Arabischen Emirate. Dessen Antwort war unzweideutig: »Weil wir denken, dass ihr Teil des Problems seid, nicht Teil der Lösung.«



# Bleib modern. Der moderne Antisemitismus und seine islamisch geprägten Formen

Nicht nur extreme Ideologien zeichnen sich durch antisemitische Denkmuster aus: Studien verweisen seit Jahrzehnten auf die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in großen Bevölkerungsteilen weltweit. Es sind nicht nur Täter\*innen aus einem extrem rechten Milieu oder der vermeintlichen Mitte der Gesellschaft, von denen antisemitische Gewalt ausgeht, sondern auch vermehrt welche aus arabischen und/oder muslimischen Teilen der Bevölkerung, die an antisemitischen Zwischenfällen beteiligt sind<sup>1</sup>.

Von René Haack

Oft stößt man in den öffentlichen aber auch fachlichen Debatten bezüglich des islamischen und muslimischen Antisemitismus auf Verunsicherung, Zurückhaltung aber auch auf kulturell-relativistische Verharmlosung oder rechte Instrumentalisierung.

Die Problematik beginnt schon mit der begrifflichen Bestimmung. Wenn von einem islamistischen Antisemitismus die Rede ist, dann bezieht sich dieser deziert auf einen Antisemitismus von Bewegungen und Personen, die einer islamistischen Weltanschauung anhängen. Beim Begriff des arabischen Antisemitismus werden zwar auch nichtmuslimischen Menschen aus arabischen Gesellschaften berücksichtigt, doch erfasst er durch seinen ethnischen Fokus auch nur einen Teil des Phänomens. Wenn von einem islamisierten Antisemitismus gesprochen wird, impliziert dies den Verweis auf die Ursprünge von antisemitischen Stereotypen aus dem christlichen Europa<sup>2</sup>. Bei der Rede vom islamischen Antisemitismus wird der Islam als Hauptbezugspunkt für Antisemitismus fokussiert und Begründungszusammenhänge von Antisemitismus

und islamischem Glauben betont. Allerdings speist sich der Antisemitismus bei vielen Muslim\*innen nicht direkt aus der Religion. Mit der Verwendung von muslimischem Antisemitismus werden hingegen die Träger\*innen der antisemitischen Ideologie fokussiert. Dieser Antisemitismus kann unterschiedliche ideologische Quellen haben, aber ihm liegt maßgeblich eine Interpretation einer eigenen muslimischen »Identität« zugrunde<sup>3</sup>. Eine scharfe Trennlinie ist allerdings nicht ohne weiteres möglich, da sich die Phänomene stark überlappen.

In der Auseinandersetzung mit islamischen Formen des Antisemitismus hierzulande darf der Kontext der Migrationsgesellschaft und somit diskriminierende Mechanismen und Strukturen nicht ausgeblendet werden. Während in vielen islamisch dominierten Ländern islamistische Ausprägungen des Islams als Herrschaftsideologie fungieren und Muslim\*innen die Mehrheit gegenüber anderen marginalisierten Gruppen darstellen, sind viele Muslim\*innen außerhalb der muslimischen Welt von struktureller Diskriminierung und ge-

sellschaftlicher Stigmatisierung betroffen. Nicht selten sind Debatten im bürgerlichen Kontext über die Gruppe »der Muslime« von kulturalistischen Generalisierungen und Abwertungen geprägt. Im politisch rechten Spektrum fungieren sie als vereinheitlichte Feindbildgruppe für unterschiedliche Probleme. Eine einseitige Problemzuweisung des Antisemitismus an eine homogenisierte Gruppe birgt deshalb die Gefahr, Diskriminierungsmechanismen zu verstärken. Die »Islamisierung der Debatten« (Tiesler)<sup>4</sup> sorgte für die Deutung sozialer Probleme primär nach religiösen Mustern. Der ressentimentgeladenen Thematisierung des Antisemitismus unter Muslim\*innen durch die Rechte und Teilen der Mehrheitsgesellschaft kommt die Funktion einer Exkulpations- und Externalisierungsstrategie zu.

Mit Detlev Claussen liese sich aufschlüsseln, dass moderne Gesellschaften als strukturell antisemitisch zu begreifen sind<sup>5</sup>. Der Antisemitismus ist deshalb nicht als Vorurteil, sondern als spezifische Denkstruktur zu fassen, die sich die Welt selbst entwirft. Er dient als umfassendes Erklärungsmodell für

die modernen Gesellschaftsverhältnisse und entspringt diesen, nach Moïse Postone, als spezifische Denkform. Im modernen Antisemitismus verbindet sich eine fetischisierte Wahrnehmung des Kapitalismus mit der Vorstellung von jüdischer Macht<sup>6</sup>. In seiner kulturellen Dimension sucht der Antisemitismus in den Juden die Ursache für den angenommenen Werteverfall sowie die Auflösung traditioneller Geschlechterverhältnisse und Familienstrukturen. Der antisemitische Erklärungsversuch greift zurück auf die Personifizierung gesellschaftlicher Verhältnisse, auf manichäische Vorstellungen sowie auf die Konstruktion eines bedrohten Kollektives (Volk, Umma) als Gegenentwurf zur modernen Gesellschaft.

Der moderne Antisemitismus, somit auch der islamische, sind nur mit der Betrachtung ihrer gesellschaftlichen Grundlage zu verstehen. Es besteht ein innerer Zusammenhang zwischen moderner Subjektform und antisemitischer Weltdeutung. Nur so ist es erklärbar, dass sich antisemitische Stereotype mit europäischem Ursprung so stark in der arabischen Welt und darüber hinaus im 19. und 20. Jahrhundert verbreiten konnten und bis heute so virulent sind. Deshalb lässt sich anhand der Inhalte und Bilder des islamischen und muslimischen Antisemitismus ablesen, dass es sich um moderne Phänomene handelt, in denen die Erfahrung der modernen Vergesellschaftungsprozesse projektiv-pathisch verarbeitet werden.

Einen islamischen Antisemitismus im modernen Sinne oder vergleichbar mit dem christlichen Antijudaismus und seiner massiven Judenverfolgung gab es so nicht. Doch waren auch dort Jüdinnen\*Juden als sogenannte Dhimmis diskriminierte Minderheiten. Mit Recht schreibt Samuel Salzborn daher, dass antijüdische Ressentiments zum Teil zur religiösen Architektur des Islam gehören<sup>7</sup>. Die vormoderne islamische Welt kannte im Vergleich zur christlichen jedoch nicht die jüdenfeindliche Angst vor einer jüdischen Verschwörung oder einer diabolischen Bösartigkeit, die sich z.B. in der Brunnenvergiftungs-Fantasie und in der Vorstellung, die Pest sei von Jüdinnen\*Juden verursacht, äußerte. Feindschaft und Gewalt, auch in

Form von Pogromen gegen Jüdinnen\*Juden waren der islamisch geprägten Welt trotzdem nicht fremd (Küntzel)<sup>8</sup>. Sie steigerten sich jedoch nur selten über zeitlich und örtlich begrenzte Fälle hinaus, während im europäischen und östlichen Raum, Pogrome in erschreckender Regelmäßigkeit auftraten.

Der Beginn der Moderne in der islamischen Welt im 19. und 20. Jahrhundert ist gekennzeichnet von Krisen sowie Reform- und Gegenbewegungen. Sie entstanden vor dem Hintergrund der Expansion europäischer Kolonialmächte und damit der Integration in den kapitalistischen Weltmarkt. Auch in vielen islamischen Gesellschaften sorgte die Modernisierung für eine beginnende Auflösung religiöser Herrschaft, Familien- und Sozialstrukturen und entlies die Einzelnen in die Konkurrenz der nun nationalstaatlich verfassten Verwertung. Durch die Verflechtung der Moderne mit dem Kolonialismus standen die Menschen nun unter dem Einfluss von Ideologien, Kulturgütern, Denk- und Lebensformen aus dem Westen. Das Vordringen des Westens in den Orient hat damit auch zur Verbreitung jüdenfeindlicher Stereotype gesorgt. Die im Westen entstandenen Formen des Antisemitismus konnten an den schon existenten islamischen Antijudaismus anknüpfen. Im Kontext der Kolonialisierung und christlicher Missionierung fanden Auffassungen wie die Legende vom jüdischen »Ritualmord« ab Mitte des 19. Jahrhunderts immer mehr Verbreitung.

Die westliche Moderne basierte auf der Ausbeutung anderer, nicht-westlicher Gesellschaften. Die Unterdrückung und Erfahrung des Kolonialismus und mit ihm die Brandmarkung des Islam, des »Orients« und seiner BewohnerInnen als rückschrittlich und als das »Anderere«, hat sich im kollektiven Gedächtnis eingeschrieben. In vielen Teilen der kolonisierten Regionen kam es zu Gegenbewegungen, die die koloniale Herrschaft, aber auch die Reformbewegungen bekämpften und »den Islam« und eine »islamische Identität« als Gegenmodell zum Westen konstruierten. Dazu gehörten der panarabische Nationalismus und der Islamismus, beide Träger und massive Verbreiter eines aggressiven Antisemitismus. Die Moderne

hat somit ihre eigene Gegenbewegung hervorgebracht. Dieser Antimodernismus beinhaltet, nicht nur im Westen, sondern auch in der arabisch-islamischen Welt, einen ausgeprägten Antisemitismus. Die Bedingungen kapitalistischer Vergesellschaftung erzeugten krisenhaft erfahrene Modernisierungsphänomene, die als Bedrohung für zentrale traditionell-kulturelle und ethisch-moralische Normen der eigenen Gemeinschaft wahrgenommen wurden. Im Antisemitismus formiert sich ein Moment der Krise islamisch geprägter Gesellschaften. Dabei verschmelzen als endogenes Element der Antijudaismus der islamischen Tradition, mit jenem exogenen Element, der antisemitischen Vorstellungen aus Europa. Der islamische Antisemitismus ist einerseits Ausdruck des eigenen kulturellen Erbes, kann aber andererseits nicht ohne den christlichen und modernen Antisemitismus gedacht werden, welche in einem Prozess der Akkulturation Eingang in die islamische Welt fand. In diesen Vorstellungen gleichen sich der moderne europäische und der moderne islamische Antisemitismus. Der Antisemitismus ist, wie Dan Diner es formulierte, eine »Pathologie der Moderne«<sup>9</sup> und in allen politischen und religiösen Lagern identifizierbar. In ihm drückt sich eine umfassende Klage gegen die moderne Gesellschaft und gegen den Zerfall der vermeintlich harmonischen und authentischen, traditionellen Lebensformen aus.

Das Zentrum der aggressivsten Formen des Antisemitismus hat sich, wie Goldhagen es formulierte, nach der Niederlage des Nationalsozialismus in die islamisch geprägte Welt verlagert<sup>10</sup>. Der moderne Antisemitismus ist zwar im Westen entstanden, doch die ihn bedingenden Strukturen haben sich globalisiert. Heute ist Antisemitismus besonders in arabischen und islamischen Ländern Teil der kulturellen Normalität geworden<sup>11</sup>. Menschen, die in diesen Ländern durch mediale, schulische und familiäre Sozialisation antisemitische Deutungsmuster internalisiert haben, werden sie bei ihrer Migration nicht einfach abwerfen. Auch wirken diese Prägungen und Ideologeme transgenerational in der Diapora fort. Die jüngste

Repräsentativerhebung letzten Jahres vom Allensbach Institut zu diesem Aspekt, konstatiert deutlich, dass »das Meinungsbild gegenüber Juden unter den in Deutschland lebenden Muslimen deutlich kritischer [ist] als in der Gesamtbevölkerung. Die Ergebnisse der vorliegenden Umfrage bestätigen, dass antisemitische Stereotype und Ressentiments in dieser Bevölkerungsgruppe durchgängig deutlich stärker vertreten sind als im Bevölkerungsdurchschnitt.«<sup>12</sup> Deutlich macht die Studie, dass ein starker Zusammenhang zwischen antisemitischen Einstellungen und einer negativen Haltung zu Israel besteht<sup>13</sup>. Die kritische Aufmerksamkeit sollte deshalb nicht nur dem islamistischen Antisemitismus gelten, sondern sich auch dem Antisemitismus unter der Mehrheit der Muslim\*innen widmen, die nicht Anhänger\*innen islamistischer Ideologien sind und unter denen Antisemitismus eine unhinterfragte Norm geworden ist. Antisemitismus unter Muslim\*innen/Araber\*innen kann, muss aber nicht immer islamistisch oder islamisch-theologisch sein. In den meisten Ausprägungen ist er eine ideologische Reaktionsform auf die Moderne und zeigt deutliche Parallelen zum rechten, linken und bürgerlichen Antisemitismus in Europa. Für die Genese und die richtige Kontextualisierung ist es wichtig, einen Blick auf die Durchsetzung der Moderne in der MENA-Region, in Form von Kolonialismus, Dekolonialisierung und Modernisierungsdiktaturen, zu werfen. Für das Verständnis ist nicht nur der traditionelle islamische Antijudaismus zu berücksichtigen, sondern auch die Entstehung des Panarabismus und Islamismus als moderne antimoderne Phänomene mit antiwestlicher Stoßrichtung. Der Antisemitismus islamischer Prägung ist weder ohne den europäischen Antisemitismus noch ohne die Einflussnahmen aus dem Westen erklärbar. Durch Import und Islamisierung des Antisemitismus von christlichen Missionar\*innen und den Nationalsozialist\*innen konnte sich der moderne Antisemitismus in der MENA-Region entwickeln. Durch hinzutretende Faktoren, wie dem Nahostkonflikt, einer muslimischen Kollektividentität, Sozialisation in den Her-

1 Enstad, Johannes Due (2017): Antisemitic Violence in Europe, 2005-2015. Exposure and Perpetrators in France, UK, Germany, Sweden, Norway, Denmark and Russia, Center for Studies of the Holocaust and Religious Minorities, Center for Research on Extremism, University of Oslo.

2 Ausgeblendet werden kann dabei, dass auch der Antisemitismus in islamischen Gesellschaften an eine eigene Geschichte des Antijudaismus anknüpfen konnte. Weiterhin werden damit antisemitische Einstellungen ausgeklammert, die bei säkularen Zusammenhängen und Personen auftreten.

3 Nach Günther Jikeli verhindert dies eine pauschale Zuschreibung von Antisemitismus auf alle Muslim\*innen oder dem Islam als Ganzes. Jikeli, Günther (2010): Überlegungen zur Bewertung von Antisemitismus unter Muslimen in Deutschland, in: transversal – Zeitschrift für jüdische Studien, (1), S. 15-28.

4 Tiesler, Nina Clara (2007): Europäisierung des Islam und Islamisierung der Debatten, in: APuZ 26–27/2007, S. 24-32.

5 Claussen, Detlev (1987a): Vom Judenhass zum Antisemitismus.

6 Die Grundlage des ökonomischen Ressentiments im modernen Antisemitismus liegt in der verschleierten vorkapitalistischen Wirtschaft. Auf psychische und triebtheoretische Ursachen kann hier nicht weiter eingegangen werden. Die wahrnehmungs- und massenpsychologischen Aspekte der pathischen Projektion, der projektiven Feindbildung sowie ihr Aufgehen in einer Masse können für das spezifisch destruktive des Antisemitismus Erklärungsansätze liefern.

7 Salzborn, Samuel (2018): Globaler Antisemitismus. Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne. Weinheim, Basel: Beltz Juventa Verlag, S. 120f.

8 Küntzel, Matthias (2004): Von Zeesen bis Beirut. Nationalsozialismus und Antisemitismus in der arabischen Welt, in: Rabinovici, Doron/ Speck, Ulrich/ Sznaider, Nathan (Hg.) (2004): Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, Suhrkamp, Frankfurt, S. 271-293; S. 277

9 Diner, Dan (2004): Der Sarkophag zeigt Risse. Über Israel, Palästina und die Frage eines »neuen Antisemitismus«, in: Rabinovici, Doron /Speck, Ulrich /Sznaider, Natan (Hg.) (2004): Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, Suhrkamp, Frankfurt, S. 310-329; S. 324.

10 Goldhagen, Daniel Jonah (2004): Die Globalisierung des Antisemitismus, in: Rabinovici, Doron /Speck, Ulrich /Sznaider, Natan (Hg.) (2004): Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, Suhrkamp, Frankfurt, S. 93-100.

11 Anti-Defamation League (2015): ADLGlobal100, unter: <http://global100.adl.org>.

12 »So meinen 54 Prozent der Muslime, dass Juden ihren Opferstatus ausnutzen, 49 Prozent, dass Juden zu viel Macht in der Wirtschaft haben, 47 Prozent halten Juden für reicher als den Durchschnitt der Bevölkerung; fast jeder Zweite empfindet zudem den Einfluss von Juden im Bereich der Medien bzw. in der Politik für zu groß.« AJC Berlin (2022): Antisemitismus in Deutschland. Eine Repräsentativumfrage.

13 Die zweite Gruppe, die übrigens ihm Verhältnis zur Gesamtbevölkerung hohe Zustimmungswerte erzielte, ist die Gruppe der AfD-Wähler\*innen. Wie die Umfrage auch belegt, ist Antisemitismus nicht allein ein Problem in muslimischen Kontexten.

kunftsändern, ihrer kulturellen Codes/ Narrative und der islamistischen/nationalistischen Ideologie, hat der Antisemitismus eine besondere Aggressivität, massive Verbreitung erfahren und hat an Gefahrenpotenzial zugenommen. Davon zeugen nicht nur die antisemitischen Vernichtungsdrohungen durch Islamist\*innen sondern auch die Erhebungen über die Bedrohungslagen für Jüdinnen\*Juden und Studien über antisemitische Einstellungen unter Muslim\*innen. Angesichts dessen sind wir mit der doppelten Anforderung konfrontiert, ethnisierte Zuschreibungen und kulturalistische Ressentiments gegen Muslim\*innen nicht zu verschärfen und trotzdem den verbreiteten und nicht selten aggressive Antisemitismus unter Muslim\*innen adäquat zu thematisieren.

**Der Artikel basiert auf einem Vortrag, der bei der 2. Interdisziplinären Antisemitismustagung für Nachwuchswissenschaftler:innen der Initiative Interdisziplinäre Antisemitismusforschung (IIA) am 14.10.2022 an der Universität Trier gehalten wurde.**



Emanzipative & Antifaschistische  
Gruppe - EAG Berlin  
[eag-berlin.tem.li](http://eag-berlin.tem.li)